

Amtsblatt

der Europäischen Gemeinschaften

ISSN 0376-9453

L 278

41. Jahrgang

15. Oktober 1998

Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I *Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Verordnung (EG) Nr. 2200/98 der Kommission vom 14. Oktober 1998 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise	1
Verordnung (EG) Nr. 2201/98 der Kommission vom 14. Oktober 1998 zur Festsetzung der repräsentativen Preise und der zusätzlichen Einfuhrzölle für Melasse im Zuckersektor	3
Verordnung (EG) Nr. 2202/98 der Kommission vom 14. Oktober 1998 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand	5
Verordnung (EG) Nr. 2203/98 der Kommission vom 14. Oktober 1998 zur Festsetzung des Höchstbetrags der Ausfuhrerstattung für Weißzucker für die im Rahmen der Dauerausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1574/98 durchgeführte 11. Teilausschreibung	7
* Verordnung (EG) Nr. 2204/98 der Kommission vom 14. Oktober 1998 zur Festsetzung von Durchschnittswerten je Einheit für die Ermittlung des Zollwerts bestimmter verderblicher Waren	8
Verordnung (EG) Nr. 2205/98 der Kommission vom 14. Oktober 1998 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1759/98 und zur Erhöhung der Dauerausschreibung zur Ausfuhr von im Besitz der Interventionsstelle des Vereinigten Königreichs befindlicher Gerste auf 597 652 Tonnen	14
* Verordnung (EG) Nr. 2206/98 der Kommission vom 14. Oktober 1998 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2178/95 des Rates durch Aufhebung der Zollplafonds für Textilwaren mit Ursprung in Lettland und Litauen	16
* Verordnung (EG) Nr. 2207/98 der Kommission vom 14. Oktober 1998 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3886/92 mit Durchführungsvorschriften für die Prämienregelung im Rindfleischsektor hinsichtlich der Prämienvorschüsse	18

Verordnung (EG) Nr. 2208/98 der Kommission vom 14. Oktober 1998 zur Festsetzung der in den Sektoren Geflügelfleisch und Eier sowie für Eieralbumin geltenden repräsentativen Einfuhrpreise und Zusatzzölle sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1484/95	19
Verordnung (EG) Nr. 2209/98 der Kommission vom 14. Oktober 1998 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen auf dem Geflügelfleischsektor	21
Verordnung (EG) Nr. 2210/98 der Kommission vom 14. Oktober 1998 zur Festsetzung der Erstattungen bei der Ausfuhr auf dem Schweinefleischsektor	23
Verordnung (EG) Nr. 2211/98 der Kommission vom 14. Oktober 1998 betreffend die Festsetzung der Höchstbeträge der Erstattungen bei der Ausfuhr von Olivenöl für die 21. Teilausschreibung im Rahmen der mit der Verordnung (EG) Nr. 1978/97 eröffneten Dauerausschreibung	25
Verordnung (EG) Nr. 2212/98 der Kommission vom 14. Oktober 1998 zur Festsetzung der im Sektor Reis geltenden Einfuhrzölle	27

II Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte

Kommission

98/574/EG:

- * **Entscheidung der Kommission vom 16. September 1998 über eine gemeinsame technische Vorschrift für allgemeine Anschaltebedingungen für den europaweiten, öffentlichen, zellularen, terrestrischen Digital-Mobilfunk, Phase II (2. Ausgabe)(¹) (Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1998) 2720)** 30

98/575/EG:

- * **Entscheidung der Kommission vom 16. September 1998 über eine gemeinsame technische Vorschrift für allgemeine Anschaltebedingungen für Mobilstationen, die für öffentliche digitale, zellulare Telekommunikationsnetze der Phase II im GSM-1800-Band bestimmt sind (2. Ausgabe)(¹) (Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1998) 2721)**

98/576/EG:

- * **Entscheidung der Kommission vom 16. September 1998 über eine gemeinsame technische Vorschrift für Anschaltebedingungen für Endeinrichtungen zum Anschluß an öffentliche Fernsprechnetze (PSTN) unter Einbeziehung einer analogen Handgerätefunktion (¹) (Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1998) 2722)**

98/577/EG:

- * **Entscheidung der Kommission vom 16. September 1998 über eine gemeinsame technische Vorschrift für Satellitenantennen (VSAT) zum Betrieb in den Frequenzbändern 4 GHz und 6 GHz (¹) (Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1998) 2723)**.....

98/578/EG:

- * **Entscheidung der Kommission vom 16. September 1998 über eine gemeinsame technische Vorschrift für terrestrische Satellitenfunkanlagen niedriger Geschwindigkeit (LMES) zum Betrieb in den Frequenzbändern 1,5/1,6 GHz (¹) (Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1998) 2724)**.....

(¹) Text von Bedeutung für den EWR

* Berichtigung der Entscheidung 98/437/EG der Kommission vom 30. Juni 1998 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Innen- und Außenwand- und Deckenbekleidungen (ABl. L 194 vom 10. 7. 1998)	51
---	----

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EG) Nr. 2200/98 DER KOMMISSION

vom 14. Oktober 1998

zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3223/94 der Kommission vom 21. Dezember 1994 mit Durchführungsbestimmungen zu der Regelung der Einfuhr von Obst und Gemüse ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1498/98 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des Rates vom 28. Dezember 1992 über die Rechnungseinheit und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzuwendenden Umrechnungskurse ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 150/95 ⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die in Anwendung der Ergebnisse der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde von der Kommission festzulegenden, zur Bestimmung der

pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigenden Kriterien sind in der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 für die in ihrem Anhang angeführten Erzeugnisse und Zeiträume festgelegt.

In Anwendung der genannten Kriterien sind die im Anhang zur vorliegenden Verordnung ausgewiesenen pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 genannten pauschalen Einfuhrwerte sind in der Tabelle im Anhang zur vorliegenden Verordnung festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 15. Oktober 1998 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. Oktober 1998

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 66.

⁽²⁾ ABl. L 198 vom 15. 7. 1998, S. 4.

⁽³⁾ ABl. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. L 22 vom 31. 1. 1995, S. 1.

ANHANG

zu der Verordnung der Kommission vom 14. Oktober 1998 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

(ECU/100 kg)

KN-Code	Drittland-Code ⁽¹⁾	Pauschaler Einfuhrpreis
0702 00 00	204	100,9
	999	100,9
0709 90 70	052	99,7
	999	99,7
0805 30 10	052	66,2
	388	88,4
	524	51,0
	528	51,2
	999	64,2
0806 10 10	052	103,9
	064	75,1
	400	219,9
	999	133,0
0808 10 20, 0808 10 50, 0808 10 90	052	61,7
	060	36,6
	064	42,5
	388	22,2
	400	75,1
	404	76,6
	800	157,6
	999	67,5
0808 20 50	052	94,7
	064	61,9
	999	78,3

⁽¹⁾ Nomenklatur der Länder gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2317/97 der Kommission (ABl. L 321 vom 22. 11. 1997, S. 19). Der Code „999“ steht für „Verschiedenes“.

VERORDNUNG (EG) Nr. 2201/98 DER KOMMISSION

vom 14. Oktober 1998

zur Festsetzung der repräsentativen Preise und der zusätzlichen Einfuhrzölle für
Melasse im ZuckersektorDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1148/98⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1422/95 der Kommission vom 23. Juni 1995 mit Durchführungsbestimmungen für die Einfuhr von Melasse im Zuckersektor und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 785/68⁽³⁾, insbesondere auf Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 3 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 wird der cif-Preis bei der Einfuhr von Melasse, im folgenden „repräsentativer Preis“ genannt, nach Maßgabe der Verordnung (EWG) Nr. 785/68 der Kommission⁽⁴⁾ bestimmt. Dieser Preis gilt für die Standardqualität gemäß Artikel 1 der genannten Verordnung.

Der repräsentative Preis für Melasse wird für einen Grenzübergangsort der Gemeinschaft, in diesem Fall Amsterdam, festgesetzt. Der Preis muß auf der Grundlage der günstigsten Einkaufsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt unter Berücksichtigung der nach Maßgabe der etwaigen Qualitätsunterschiede gegenüber der Standardqualität berichtigten Notierungen oder Preises dieses Marktes berechnet werden. Die Standardqualität für Melasse ist in der Verordnung (EWG) Nr. 785/68 festgelegt.

Zur Feststellung der günstigsten Einkaufsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt müssen alle Informationen betreffend die Angebote auf dem Weltmarkt, die auf den wichtigen Märkten in Drittländern festgestellten Preise und die Verkaufsabschlüsse im Rahmen des internationalen Handels berücksichtigt werden, die die Kommission von den Mitgliedstaaten erhält bzw. die ihr aus eigenen Quellen vorliegen. Bei dieser Feststellung gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 785/68 ist es möglich, den Durchschnitt mehrerer Preise zugrunde zu legen, soweit dieser Durchschnitt für die tatsächliche Markttendenz als repräsentativ gelten kann.

Nicht berücksichtigt werden die Informationen, wenn die Ware nicht gesund und von handelsüblicher Qualität ist oder wenn der Angebotspreis nur eine geringe, für den Markt nicht repräsentative Menge betrifft. Außerdem sind Angebotspreise auszuschließen, die als für die tatsächliche Markttendenz nicht repräsentativ gelten.

Um vergleichbare Angaben für Melasse der Standardqualität zu erhalten, müssen die Preise je nach Qualität der angebotenen Melasse nach Maßgabe der in Anwendung von Artikel 6 der Verordnung (EWG) Nr. 785/68 erzielten Ergebnisse erhöht oder verringert werden.

Ein repräsentativer Preis kann ausnahmsweise während eines begrenzten Zeitraums auf unveränderter Höhe beibehalten werden, wenn der Angebotspreis, der als Grundlage für die vorangegangene Festsetzung des repräsentativen Preises gedient hat, der Kommission nicht zur Kenntnis gelangt ist und die vorliegenden, offenbar für die effektive Markttendenz nicht repräsentativen Angebotspreise zu plötzlichen und erheblichen Änderungen des repräsentativen Preises führen würden.

Besteht zwischen dem Auslösungspreis für das fragliche Erzeugnis und dem repräsentativen Preis ein Unterschied, so sind nach Maßgabe von Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 zusätzliche Einfuhrzölle festzusetzen. Bei Aussetzung der Einfuhrzölle gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 sind für diese Zölle besondere Beträge festzusetzen.

Aus der Anwendung dieser Bestimmungen ergibt sich, daß die repräsentativen Preise und die zusätzlichen Zölle bei der Einfuhr der betreffenden Erzeugnisse nach Maßgabe des Anhangs dieser Verordnung festzusetzen sind.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Zucker —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die repräsentativen Preise und die zusätzlichen Zölle bei der Einfuhr der Erzeugnisse des Artikels 1 der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 werden entsprechend dem Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 15. Oktober 1998 in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

⁽²⁾ ABl. L 159 vom 3. 6. 1998, S. 38.

⁽³⁾ ABl. L 141 vom 24. 6. 1995, S. 12.

⁽⁴⁾ ABl. L 145 vom 27. 6. 1968, S. 12.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. Oktober 1998

Für die Kommission
Franz FISCHLER
Mitglied der Kommission

ANHANG

zur Festsetzung der repräsentativen Preise und der zusätzlichen Zölle bei der Einfuhr von Melasse im Zuckersektor

KN-Code	Repräsentativer Preis je 100 kg Eigengewicht des Erzeugnisses	Zusätzlicher Zoll je 100 kg Eigengewicht des Erzeugnisses	Bei der Einfuhr je 100 kg Eigengewicht des Erzeugnisses wegen der Aussetzung gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 anzuwendender Betrag ⁽²⁾
1703 10 00 ⁽¹⁾	6,34	0,23	—
1703 90 00 ⁽¹⁾	7,64	0,00	—

⁽¹⁾ Festsetzung für die Standardqualität gemäß Artikel 1 der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 785/68.

⁽²⁾ Dieser Betrag ersetzt gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 den für diese Erzeugnisse festgesetzten Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs.

VERORDNUNG (EG) Nr. 2202/98 DER KOMMISSION

vom 14. Oktober 1998

zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates vom 1. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1148/98⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 19 Absatz 4 erster Unterabsatz Buchstabe a),

in Erwägung nachstehender Gründe:

Nach Artikel 19 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 kann der Unterschied zwischen den Notierungen oder Preisen auf dem Weltmarkt der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a) der angeführten Verordnung genannten Erzeugnisse und den Preisen dieser Erzeugnisse in der Gemeinschaft durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen werden.

Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 sind die Erstattungen für den nicht denaturierten und in unverändertem Zustand ausgeführten Weißzucker und Rohzucker unter Berücksichtigung der Lage auf dem Markt der Gemeinschaft und auf dem Weltzuckermarkt und insbesondere der in Artikel 17a der angeführten Verordnung genannten Preise und Kostenelemente festzusetzen. Nach demselben Artikel sind zugleich die wirtschaftlichen Aspekte der beabsichtigten Ausfuhr zu berücksichtigen.

Für Rohzucker ist die Erstattung für die Standardqualität festzusetzen. Diese ist in Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 431/68 des Rates vom 9. April 1968 über die Bestimmung der Standardqualität für Rohzucker und des Grenzübergangsorts der Gemeinschaft für die Berechnung der cif-Preise für Zucker⁽³⁾, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94⁽⁴⁾, festgelegt worden. Diese Erstattung ist im übrigen gemäß Artikel 17a Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 festzusetzen. Kandiszucker wurde in der Verordnung (EG) Nr. 2135/95 der Kommission vom 7. September 1995 mit Durchführungsvor-

schriften für die Gewährung von Ausfuhrerstattungen im Zuckersektor⁽⁵⁾ definiert. Die so berechnete Erstattung muß bei aromatisiertem oder gefärbtem Zucker für dessen Saccharosegehalt gelten und somit für 1 v. H. dieses Gehalts festgesetzt werden.

Die Lage auf dem Weltmarkt oder die besonderen Erfordernisse bestimmter Märkte können es notwendig machen, die Erstattung für Zucker nach der Bestimmung in unterschiedlicher Höhe festzusetzen.

In besonderen Fällen kann der Erstattungsbetrag durch Rechtsakte anderer Art festgesetzt werden.

Die mit Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des Rates⁽⁶⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 150/95⁽⁷⁾, festgelegten repräsentativen Marktkurse werden bei der Umrechnung der in den Drittländwährungen ausgedrückten Beträge berücksichtigt. Außerdem werden sie bei der Bestimmung der den Währungen der Mitgliedstaaten entsprechenden landwirtschaftlichen Umrechnungskurse zugrunde gelegt. Die für diese Umrechnungen erforderlichen Durchführungsbestimmungen wurden mit der Verordnung (EWG) Nr. 1068/93 der Kommission⁽⁸⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 961/98⁽⁹⁾, erlassen.

Die Erstattung wird alle zwei Wochen festgesetzt. Sie kann zwischenzeitlich geändert werden.

Die Anwendung dieser Regeln auf die gegenwärtige Marktlage im Zuckersektor und insbesondere die Notierungen und Preise für Zucker in der Gemeinschaft und auf dem Weltmarkt führt dazu, die im Anhang angegebenen Erstattungsbeträge festzusetzen.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Zucker —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Erstattungen bei der Ausfuhr in unverändertem Zustand der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a) der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 genannten und nicht denaturierten Erzeugnisse werden wie im Anhang angegeben festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 15. Oktober 1998 in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

⁽²⁾ ABl. L 159 vom 3. 6. 1998, S. 38.

⁽³⁾ ABl. L 89 vom 10. 4. 1968, S. 3.

⁽⁴⁾ ABl. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105.

⁽⁵⁾ ABl. L 214 vom 8. 9. 1995, S. 16.

⁽⁶⁾ ABl. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.

⁽⁷⁾ ABl. L 22 vom 31. 1. 1995, S. 1.

⁽⁸⁾ ABl. L 108 vom 1. 5. 1993, S. 106.

⁽⁹⁾ ABl. L 135 vom 8. 5. 1998, S. 5.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. Oktober 1998

Für die Kommission
 Franz FISCHLER
Mitglied der Kommission

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 14. Oktober 1998 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand

Erzeugniscode	Betrag der Erstattung
	— in ECU/100 kg —
1701 11 90 9100	44,69 ⁽¹⁾
1701 11 90 9910	42,51 ⁽¹⁾
1701 11 90 9950	⁽²⁾
1701 12 90 9100	44,69 ⁽¹⁾
1701 12 90 9910	42,51 ⁽¹⁾
1701 12 90 9950	⁽²⁾
	— in ECU/1 % Saccharose × 100 kg —
1701 91 00 9000	0,4858
	— in ECU/100 kg —
1701 99 10 9100	48,58
1701 99 10 9910	48,72
1701 99 10 9950	48,72
	— in ECU/1 % Saccharose × 100 kg —
1701 99 90 9100	0,4858

⁽¹⁾ Dieser Betrag gilt für Rohzucker mit einem Rendementwert von 92 v. H. Wenn der Rendementwert des ausgeführten Rohzuckers von 92 v. H. abweicht, wird der anwendbare Erstattungsbetrag gemäß den Bestimmungen von Artikel 17a Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 errechnet.

⁽²⁾ Diese Festsetzung wurde ausgesetzt durch die Verordnung (EWG) Nr. 2689/85 der Kommission (ABl. L 255 vom 26. 9. 1985, S. 12), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3251/85 (ABl. L 309 vom 21. 11. 1985, S. 14).

VERORDNUNG (EG) Nr. 2203/98 DER KOMMISSION

vom 14. Oktober 1998

zur Festsetzung des Höchstbetrags der Ausfuhrerstattung für Weißzucker für die im Rahmen der Dauerausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1574/98 durchgeführte 11. Teilausschreibung

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1148/98⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 17 Absatz 5 zweiter Unterabsatz Buchstabe b),

in Erwägung nachstehender Gründe:

Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1574/98 der Kommission vom 22. Juli 1998 betreffend eine Dauerausschreibung für die Festsetzung von Abschöpfungen und/oder Erstattungen bei der Ausfuhr von Weißzucker⁽³⁾ werden Teilausschreibungen für die Ausfuhr dieses Zuckers durchgeführt.

Gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1574/98 ist gegebenenfalls ein Höchstbetrag der Ausfuhrerstattung für die betreffende Teilausschreibung insbesondere unter Berücksichtigung der Lage und der voraussichtli-

chen Entwicklung des Zuckermarktes in der Gemeinschaft sowie des Weltmarktes festzusetzen.

Nach Prüfung der Angebote sind für die 11. Teilausschreibung die in Artikel 1 genannten Bestimmungen festzulegen.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Zucker —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Für die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1574/98 durchgeführte 11. Teilausschreibung für Weißzucker wird eine Ausfuhrerstattung von höchstens 51,771 ECU je 100 kg festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 15. Oktober 1998 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. Oktober 1998

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

⁽²⁾ ABl. L 159 vom 3. 6. 1998, S. 38.

⁽³⁾ ABl. L 206 vom 23. 7. 1998, S. 7.

VERORDNUNG (EG) Nr. 2204/98 DER KOMMISSION**vom 14. Oktober 1998****zur Festsetzung von Durchschnittswerten je Einheit für die Ermittlung des Zollwerts bestimmter verderblicher Waren**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 82/97 ⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1677/98 ⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 173 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Artikel 173 bis 177 der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 sehen vor, daß die Kommission periodische Durchschnittswerte je Einheit für die Waren nach der Klassen-

einteilung gemäß Anhang Nr. 26 dieser Verordnung festsetzt.

Die Anwendung der in den obengenannten Artikeln festgelegten Regeln und Kriterien auf die der Kommission nach Artikel 173 Absatz 2 der genannten Verordnung mitgeteilten Angaben führt zu den im Anhang zur vorliegenden Verordnung festgesetzten Durchschnittswerten je Einheit —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in Artikel 173 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 vorgesehenen Durchschnittswerte je Einheit werden wie im Anhang angegeben festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. Oktober 1998 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. Oktober 1998

Für die Kommission
Martin BANGEMANN
Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. L 302 vom 19. 10. 1992, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 17 vom 21. 1. 1997, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 253 vom 11. 10. 1993, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. L 212 vom 30. 7. 1998, S. 18.

ANHANG

Rubrik	Warenbezeichnung	Durchschnittswerte je Einheit (Betrag) / 100 kg netto						
	Ware, Art, KN-Code	a) b) c)	ECU FIM SEK	ATS FRF BEF/LUF	DEM IEP GBP	DKK ITL	GRD NLG	ESP PTE
1.10	Frühkartoffeln/Erdäpfel 0701 90 51 0701 90 59	a) b) c)	31,78 189,38 303,39	437,63 208,53 1 283,25	62,20 24,86 22,30	236,53 61 580,11	10 780,00 70,14	5 288,22 6 380,50
1.30	Speisezwiebeln (andere als Steckzwiebeln) 0703 10 19	a) b) c)	13,32 79,37 127,16	183,42 87,40 537,85	26,07 10,42 9,35	99,14 25 810,16	4 518,24 29,40	2 216,46 2 674,27
1.40	Knoblauch 0703 20 00	a) b) c)	94,43 562,71 901,48	1 300,36 619,63 3 813,01	184,83 73,88 66,27	702,81 182 977,01	32 031,32 208,42	15 713,25 18 958,81
1.50	Porree ex 0703 90 00	a) b) c)	39,59 235,92 377,95	545,18 259,78 1 598,61	77,49 30,97 27,78	294,66 76 713,54	13 429,21 87,38	6 587,82 7 948,52
1.60	Blumenkohl/Karfiol 0704 10 10 0704 10 05 0704 10 80	a) b) c)	75,84 451,94 724,01	1 044,36 497,65 3 062,36	148,44 59,33 53,22	564,45 146 955,17	25 725,46 167,39	12 619,85 15 226,47
1.70	Rosenkohl/Kohlsprossen 0704 20 00	a) b) c)	59,69 355,70 569,83	821,97 391,68 2 410,23	116,83 46,70 41,89	444,25 115 661,31	20 247,27 131,74	9 932,48 11 984,02
1.80	Weißkohl und Rotkohl 0704 90 10	a) b) c)	142,62 849,88 1 361,52	1 963,96 935,85 5 758,88	279,15 111,58 100,09	1 061,47 276 354,77	48 377,70 314,78	23 732,11 28 633,96
1.90	Brokkoli oder Spargelkohl (Brassica oleracea L. convar. botrytis (L.) Alef var. italica Plenck) ex 0704 90 90	a) b) c)	105,95 631,36 1 011,45	1 459,00 695,22 4 278,18	207,38 82,89 74,36	788,55 205 299,32	35 938,98 233,85	17 630,19 21 271,69
1.100	Chinakohl ex 0704 90 90	a) b) c)	57,59 343,18 549,78	793,05 377,90 2 325,44	112,72 45,05 40,42	428,62 111 592,14	19 534,93 127,11	9 583,03 11 562,40
1.110	Kopfsalat 0705 11 10 0705 11 05 0705 11 80	a) b) c)	152,67 909,77 1 457,47	2 102,36 1 001,79 6 164,69	298,82 119,44 107,14	1 136,27 295 828,66	51 786,73 336,97	25 404,44 30 651,71
1.120	Endivien ex 0705 29 00	a) b) c)	21,82 130,03 208,30	300,47 143,18 881,07	42,71 17,07 15,31	162,40 42 280,61	7 401,50 48,16	3 630,87 4 380,82
1.130	Karotten und Speisemöhren ex 0706 10 00	a) b) c)	42,68 254,33 407,45	587,73 280,06 1 723,38	83,54 33,39 29,95	317,65 82 701,04	14 477,35 94,20	7 101,99 8 568,91
1.140	Radieschen ex 0706 90 90	a) b) c)	173,89 1 036,22 1 660,04	2 394,57 1 141,03 7 021,54	340,36 136,04 122,04	1 294,21 336 946,65	58 984,71 383,80	28 935,47 34 912,07
1.160	Erbsen (Pisum sativum) 0708 10 90 0708 10 20 0708 10 95	a) b) c)	224,28 1 336,50 2 141,09	3 088,47 1 471,68 9 056,25	438,99 175,46 157,40	1 669,24 434 587,36	76 077,35 495,02	37 320,42 45 028,92

Rubrik	Warenbezeichnung	Durchschnittswerte je Einheit (Betrag) / 100 kg netto						
	Ware, Art, KN-Code	a) b) c)	ECU FIM SEK	ATS FRF BEF/LUF	DEM IEP GBP	DKK ITL	GRD NLG	ESP PTE
1.170	Bohnen:							
1.170.1	Bohnen (Vigna-Arten, Phaseolus-Arten) ex 0708 20 90 ex 0708 20 20 ex 0708 20 95	a) b) c)	127,18 757,87 1 214,13	1 751,34 834,53 5 135,43	248,93 99,50 89,25	946,56 246 436,69	43 140,35 280,71	21 162,88 25 534,06
1.170.2	Bohnen (Phaseolus Ssp, vulgaris var. Compressus Savi) ex 0708 20 90 ex 0708 20 20 ex 0708 20 95	a) b) c)	81,22 484,00 775,37	1 118,45 532,95 3 279,60	158,97 63,54 57,00	604,49 157 379,99	27 550,39 179,26	13 515,09 16 306,62
1.180	Dicke Bohnen ex 0708 90 00	a) b) c)	157,74 939,98 1 505,87	2 172,17 1 035,06 6 369,42	308,75 123,41 110,70	1 174,01 305 652,80	53 506,51 348,16	26 248,09 31 669,62
1.190	Artischocken 0709 10 00	a) b) c)	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —
1.200	Spargel:							
1.200.1	— grüner ex 0709 20 00	a) b) c)	287,53 1 713,41 2 744,91	3 959,46 1 886,72 11 610,23	562,79 224,94 201,79	2 139,99 557 146,88	97 532,19 634,62	47 845,28 57 727,69
1.200.2	— anderer ex 0709 20 00	a) b) c)	208,47 1 242,29 1 990,16	2 870,76 1 367,94 8 417,85	408,04 163,09 146,30	1 551,57 403 952,32	70 714,48 460,12	34 689,62 41 854,73
1.210	Auberginen/Melanzani 0709 30 00	a) b) c)	81,58 486,14 778,80	1 123,41 535,31 3 294,14	159,68 63,82 57,25	607,17 158 077,57	27 672,51 180,06	13 574,99 16 378,90
1.220	Bleichsellerie, auch Stangensellerie genannt (Apium graveolens L., var. Dulce (Mill.) Pers.) ex 0709 40 00	a) b) c)	38,40 228,83 366,59	528,79 251,97 1 550,56	75,16 30,04 26,95	285,80 74 407,68	13 025,55 84,75	6 389,80 7 709,61
1.230	Pfifferlinge/Eierschwammerl 0709 51 30	a) b) c)	499,85 2 978,64 4 771,82	6 883,23 3 279,93 20 183,54	978,36 391,05 350,79	3 720,22 968 559,35	169 552,62 1 103,24	83 175,54 100 355,38
1.240	Gemüsepaprika oder Paprika ohne brennenden Geschmack 0709 60 10	a) b) c)	88,51 527,44 844,96	1 218,84 580,79 3 573,96	173,24 69,24 62,12	658,75 171 505,83	30 023,21 195,35	14 728,15 17 770,24
1.250	Fenchel 0709 90 50	a) b) c)	73,55 438,29 702,15	1 012,83 482,62 2 969,89	143,96 57,54 51,62	547,41 142 517,83	24 948,67 162,34	12 238,79 14 766,71
1.270	Süße Kartoffeln, ganz, frisch (zum menschlichen Verzehr bestimmt) 0714 20 10	a) b) c)	63,83 380,37 609,35	878,98 418,84 2 577,40	124,94 49,94 44,80	475,07 123 683,39	21 651,58 140,88	10 621,38 12 815,21
2.10	Eßkastanien (Castanea-Arten), frisch ex 0802 40 00	a) b) c)	140,29 836,00 1 339,28	1 931,88 920,56 5 664,80	274,59 109,75 98,46	1 044,13 271 839,93	47 587,35 309,64	23 344,40 28 166,16
2.30	Ananas, frisch ex 0804 30 00	a) b) c)	65,20 388,53 622,43	897,84 427,83 2 632,72	127,62 51,01 45,76	485,26 126 338,04	22 116,30 143,91	10 849,35 13 090,27

Rubrik	Warenbezeichnung	Durchschnittswerte je Einheit (Betrag) / 100 kg netto						
	Ware, Art, KN-Code	a) b) c)	ECU FIM SEK	ATS FRF BEF/LUF	DEM IEP GBP	DKK ITL	GRD NLG	ESP PTE
2.110	Wassermelonen 0807 11 00	a) b) c)	21,93 130,68 209,35	301,99 143,90 885,52	42,92 17,16 15,39	163,22 42 493,76	7 438,81 48,40	3 649,17 4 402,91
2.120	andere Melonen:							
2.120.1	— Amarillo, Cuper, Honey Dew (einschließlich Cantalene), Onteniente, Piel de Sapo (einschließlich Verde Liso), Rochet, Tendral, Futuro ex 0807 19 00	a) b) c)	50,70 302,12 484,01	698,17 332,68 2 047,23	99,24 39,66 35,58	377,34 98 241,39	17 197,79 111,90	8 436,53 10 179,09
2.120.2	— andere ex 0807 19 00	a) b) c)	158,99 947,43 1 517,80	2 189,39 1 043,26 6 419,89	311,19 124,38 111,58	1 183,31 308 074,92	53 930,52 350,91	26 456,09 31 920,58
2.140	Birnen							
2.140.1	Birnen — Nashi (<i>Pyrus pyrifolia</i>) ex 0808 20 50	a) b) c)	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —
2.140.2	Andere ex 0808 20 50	a) b) c)	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —
2.150	Aprikosen/Marillen ex 0809 10 00	a) b) c)	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —
2.160	Kirschen 0809 20 05 0809 20 95	a) b) c)	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —
2.170	Pfirsiche 0809 30 90	a) b) c)	267,40 1 593,46 2 552,74	3 682,26 1 754,63 10 797,40	523,38 209,20 187,66	1 990,17 518 140,98	90 703,95 590,19	44 495,63 53 686,17
2.180	Nektarinen ex 0809 30 10	a) b) c)	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —
2.190	Pflaumen 0809 40 05	a) b) c)	118,28 704,84 1 129,16	1 628,79 776,13 4 776,05	231,51 92,53 83,01	880,32 229 191,16	40 121,40 261,06	19 681,91 23 747,19
2.200	Erdbeeren 0810 10 10 0810 10 05 0810 10 80	a) b) c)	152,83 910,72 1 458,99	2 104,56 1 002,84 6 171,15	299,14 119,56 107,26	1 137,46 296 138,69	51 841,01 337,32	25 431,06 30 683,83
2.205	Himbeeren 0810 20 10	a) b) c)	341,59 2 035,56 3 260,99	4 703,90 2 241,45 13 793,13	668,60 267,24 239,73	2 542,34 661 898,94	115 869,72 753,94	56 840,92 68 581,37
2.210	Heidelbeeren der Art <i>Vaccinium myrtillus</i> 0810 40 30	a) b) c)	218,02 1 299,20 2 081,33	3 002,27 1 430,61 8 803,47	426,73 170,56 153,01	1 622,65 422 457,35	73 953,91 481,20	36 278,75 43 772,09
2.220	Kiwifrüchte (<i>Actinidia chinensis</i> Planch.) 0810 50 10 0810 50 20 0810 50 30	a) b) c)	132,78 791,25 1 267,59	1 828,46 871,28 5 361,55	259,89 103,88 93,18	988,24 257 287,81	45 039,91 293,07	22 094,72 26 658,37

Rubrik	Warenbezeichnung	Durchschnittswerte je Einheit (Betrag) / 100 kg netto						
	Ware, Art, KN-Code	a) b) c)	ECU FIM SEK	ATS FRF BEF/LUF	DEM IEP GBP	DKK ITL	GRD NLG	ESP PTE
2.230	Granatäpfel ex 0810 90 85	a)	79,85	1 099,58	156,29	594,30	27 085,68	13 287,12
		b)	475,83	523,96	62,47	154 725,35	176,24	16 031,56
		c)	762,29	3 224,28	56,04			
2.240	Kakis (einschließlich Sharon) ex 0810 90 85	a)	307,49	4 234,32	601,85	2 288,55	104 302,76	51 166,64
		b)	1 832,35	2 017,69	240,56	595 823,37	678,68	61 735,07
		c)	2 935,46	12 416,20	215,80			
2.250	Litschi-Pflaumen ex 0810 90 30	a)	346,48	4 771,24	678,17	2 578,74	117 528,44	57 654,62
		b)	2 064,70	2 273,54	271,06	671 374,30	764,73	69 563,14
		c)	3 307,67	13 990,59	243,16			

VERORDNUNG (EG) Nr. 2205/98 DER KOMMISSION

vom 14. Oktober 1998

**zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1759/98 und zur Erhöhung der Daueraus-
schreibung zur Ausfuhr von im Besitz der Interventionsstelle des Vereinigten
Königreichs befindlicher Gerste auf 597 652 Tonnen**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates
vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorgani-
sation für Getreide ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EG) Nr. 923/96 der Kommission ⁽²⁾, insbesondere
auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Verordnung (EWG) Nr. 2131/93 der Kommission ⁽³⁾,
zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2193/
96 ⁽⁴⁾, legt die Verfahren und Bedingungen für die Abgabe
des Getreides fest, das sich im Besitz der Interventions-
stellen befindet.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1759/98 der Kommissi-
on ⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr.
2043/98 ⁽⁶⁾, wurde eine Daueraussschreibung zur Ausfuhr
von 298 400 Tonnen Gerste im Besitz der Interventions-
stelle des Vereinigten Königreichs eröffnet. Das Verei-
nigte Königreich hat die Kommission von der Absicht
seiner Interventionsstelle unterrichtet, die zur Ausfuhr
ausgeschriebene Menge um 299 252 Tonnen zu erhöhen.
Die gesamte im Besitz der Interventionsstelle des Verei-
nigten Königreichs befindliche und auf Dauer zur
Ausfuhr ausgeschriebene Menge Gerste ist auf 597 652
Tonnen zu erhöhen.

In Anbetracht der Erhöhung der ausgeschriebenen Menge
erscheint es erforderlich, an der Liste der Lagerorte,
Gebiete und eingelagerten Mengen Änderungen vorzu-

nehmen. Deshalb ist insbesondere der Anhang I der
Verordnung (EG) Nr. 1759/98 zu ändern.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Verordnung (EG) Nr. 1759/98 wird wie folgt geän-
dert:

1. Artikel 2 erhält folgende Fassung:

„Artikel 2

(1) Die Ausschreibung betrifft eine Höchstmenge
von 597 652 Tonnen Gerste die nach allen Dritt-
ländern außer den Vereinigten Staaten von Amerika,
Kanada und Mexiko ausgeführt werden kann.

(2) Die Gebiete, in denen die 597 652 Tonnen Gerste
lagern, sind in Anhang I angegeben.“

2. Anhang I wird durch den Anhang der vorliegenden
Verordnung ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im
Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. Oktober 1998

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.

⁽²⁾ ABl. L 126 vom 24. 5. 1996, S. 37.

⁽³⁾ ABl. L 191 vom 31. 7. 1993, S. 76.

⁽⁴⁾ ABl. L 293 vom 16. 11. 1996, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. L 221 vom 8. 8. 1998, S. 8.

⁽⁶⁾ ABl. L 263 vom 26. 9. 1998, S. 15.

ANHANG

„ANHANG I

(in Tonnen)

Lagerort	Menge
North Humberside	64 252
Worcestershire	50 700
Lincolnshire	142 492
Shropshire	40 515
West Sussex	23 661
York	75 135
Dumfries	19 050
Essex	8 760
Dorset	22 436
Leicestershire	11 753
Suffolk	20 987
Northumberland	10 040
Strathclyde	33 744
East Lothian	45 247
Norfolk	19 633
Northamptonshire	9 247 ^a

VERORDNUNG (EG) Nr. 2206/98 DER KOMMISSION

vom 14. Oktober 1998

zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2178/95 des Rates durch Aufhebung der Zollplafonds für Textilwaren mit Ursprung in Lettland und Litauen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2178/95 des Rates vom 8. August 1995 zur Eröffnung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten und -plafonds für bestimmte gewerbliche Waren und Fischereierzeugnisse mit Ursprung in Estland, Lettland und Litauen sowie zur Einführung eines Verfahrens für die Anpassung dieser Zollkontingente und Zollplafonds⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1926/96⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 6 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Mit der Verordnung (EG) Nr. 2178/95 wurden Zollplafonds für die in Anhang IV der Verordnung aufgeführten Textilwaren mit Ursprung in Litauen und Lettland eröffnet und ein System der gemeinschaftlichen Überwachung für präferenzbegünstigte Einfuhren im Rahmen dieser Plafonds eingerichtet.

Der Beschluß 98/137/EG des Rates⁽³⁾ sieht die vorläufige Anwendung des Zusatzprotokolls in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Litauen zum Freihandelsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Republik Litauen und zum Europa-Abkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten und der Republik Litauen⁽⁴⁾ und des Zusatzprotokolls in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Lettland zum Freihandelsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Republik Lettland und zum Europa-Abkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten und der Republik Lettland⁽⁵⁾, im folgenden „die Zusatzprotokolle“ genannt, ab 1. Januar 1998 vor. In seinem Beschluß vom 13. Juli 1998⁽⁶⁾ hat der Rat diese Protokolle im Namen der Gemeinschaft gebilligt.

Gemäß den Absätzen 2.1.1 und 2.1.2 der Zusatzprotokolle werden die Einfuhrzölle der Gemeinschaft auf die in den Kapiteln 50 bis 63 der Kombinierten Nomenklatur

aufgeführten Textilwaren mit Ursprung in Litauen und Lettland zum 1. Januar 1998 abgeschafft und Anhang VI des Freihandelsabkommens und des Europa-Abkommens mit Litauen bzw. Anhang V des Freihandelsabkommens und des Europa-Abkommens mit Lettland aufgehoben.

Es empfiehlt sich daher, die Verordnung (EG) Nr. 2178/95 entsprechend zu ändern. Diese Verordnung gilt künftig nur für Zollkontingente; alle Verweise auf Zollplafonds sind daher zu streichen.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ausschusses für den Zollkodex —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Verordnung (EG) Nr. 2178/95 wird wie folgt geändert:

1. Der Titel wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:
„Verordnung (EG) Nr. 2178/95 des Rates vom 8. August 1995 zur Eröffnung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten für bestimmte gewerbliche Waren und Fischereierzeugnisse mit Ursprung in Estland, Lettland und Litauen sowie zur Einführung eines Verfahrens für die Anpassung dieser Zollkontingente“.
2. In Artikel 1 werden die Worte „oder Gemeinschaftszollplafonds“ gestrichen.
3. Artikel 3 wird gestrichen.
4. In Artikel 6 Absatz 2 zweiter und dritter Gedankenstrich werden die Worte „oder von einem Zollplafond auf einen anderen“ bzw. „oder Zollplafonds“ gestrichen.
5. Anhang IV entfällt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. L 223 vom 20. 9. 1995, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 254 vom 8. 10. 1996, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 41 vom 13. 2. 1998, S. 81.

⁽⁴⁾ ABl. L 41 vom 13. 2. 1998, S. 82.

⁽⁵⁾ ABl. L 41 vom 13. 2. 1998, S. 87.

⁽⁶⁾ Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. Oktober 1998

Für die Kommission
Mario MONTI
Mitglied der Kommission

VERORDNUNG (EG) Nr. 2207/98 DER KOMMISSION

vom 14. Oktober 1998

zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3886/92 mit Durchführungsvorschriften für die Prämienregelung im Rindfleischsektor hinsichtlich der Prämienvorschüsse

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1633/98⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 4b Absatz 8 und Artikel 4d Absatz 8,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Verordnung (EWG) Nr. 3886/92 der Kommission vom 23. Dezember 1992 mit Durchführungsvorschriften für die Prämienregelung gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1244/82 und (EWG) Nr. 714/89⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1899/98⁽⁴⁾, enthält in Artikel 44 Bestimmungen über die Zahlung von Prämienvorschüssen. Angesichts der schwierigen Lage des Rindfleischmarkts, die auf ernste wirtschaftliche Probleme auf bestimmten traditionellen Märkten zurückzuführen ist, und die für die Erzeuger in mehreren Mitgliedstaaten durch eine von ungünstigen Witterungsbedingungen verursachte Futtermittelknappheit noch verschärft wird, sollte der Vorschuß auf die Sonderprämie

und die Mutterkuhprämie erhöht und der Beginn der Auszahlung des Vorschusses vorverlegt werden.

Diese Verordnung muß unverzüglich in Kraft treten, um die Zahlung der Vorschüsse ab dem 16. Oktober 1998 zu ermöglichen.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Rindfleisch —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Artikel 44 Absatz 1 Unterabsatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 3886/92 erhält folgende Fassung:

„Im Kalenderjahr 1998 kann jedoch ab dem 16. Oktober 1998 auf die Sonderprämie und auf die Mutterkuhprämie ein Vorschuß in Höhe von maximal 80 % des Betrags dieser Prämien gewährt werden.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. Oktober 1998

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 24.

⁽²⁾ ABl. L 210 vom 28. 7. 1998, S. 17.

⁽³⁾ ABl. L 391 vom 31. 12. 1992, S. 20.

⁽⁴⁾ ABl. L 247 vom 5. 9. 1998, S. 5.

VERORDNUNG (EG) Nr. 2208/98 DER KOMMISSION

vom 14. Oktober 1998

zur Festsetzung der in den Sektoren Geflügelfleisch und Eier sowie für Eialbumin geltenden repräsentativen Einfuhrpreise und Zusatzzölle sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1484/95

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Eier ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1516/96 der Kommission ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2777/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Geflügelfleisch ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2916/95 der Kommission ⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2783/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Handelsregelung für Eialbumin und Milchalbumin ⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2916/95 der Kommission, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Verordnung (EG) Nr. 1484/95 der Kommission ⁽⁶⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1963/98 ⁽⁷⁾, regelt die Anwendung der bei der Einfuhr in den

Sektoren Geflügelfleisch und Eier sowie für Eialbumin zu erhebenden Zusatzzölle.

Die regelmäßig durchgeführte Kontrolle der Angaben, auf welche sich die Festsetzung der repräsentativen Einfuhrpreise in den Sektoren Geflügelfleisch und Eier sowie für Eialbumin stützt, hat ihre Änderung und die Änderung der Zusatzzölle zur Folge, die bei der Einfuhr bestimmter Erzeugnisse unter Berücksichtigung der von ihrem Ursprung abhängigen Preisschwankungen zu erheben sind.

Angesichts der Marktlage sollte diese Änderung schnellstmöglich angewendet werden.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Eier und Geflügelfleisch —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1484/95 wird durch den Anhang zur vorliegenden Verordnung ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 15. Oktober 1998 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. Oktober 1998

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. L 282 vom 1. 11. 1975, S. 49.

⁽²⁾ ABl. L 189 vom 30. 7. 1996, S. 99.

⁽³⁾ ABl. L 282 vom 1. 11. 1975, S. 77.

⁽⁴⁾ ABl. L 305 vom 19. 12. 1995, S. 49.

⁽⁵⁾ ABl. L 282 vom 1. 11. 1975, S. 104.

⁽⁶⁾ ABl. L 145 vom 29. 6. 1995, S. 47.

⁽⁷⁾ ABl. L 254 vom 16. 9. 1998, S. 19.

ANHANG

„ANHANG I

KN-Code	Warenbezeichnung	Repräsen- tativer Preis (ECU/100 kg)	Zusatz- zoll (ECU/100 kg)	Ursprung (¹)
0207 14 10	Entbeinte Teile von Hühnern, gefroren	211,5	27	01
		207,5	28	02
		261,1	12	03
		265,4	10	04
1602 32 11	Nicht gegarte Zubereitungen, andere als von Truthühnern oder Hühnern	221,2	20	01
		217,7	21	02

(¹) Ursprung der Einfuhr:

- 01 Brasilien,
- 02 Thailand,
- 03 Chile,
- 04 Argentinien.“

VERORDNUNG (EG) Nr. 2209/98 DER KOMMISSION
vom 14. Oktober 1998
zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen auf dem Geflügelfleischsektor

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2777/75 des Rates
vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorgani-
sation für Geflügelfleisch⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EG) Nr. 2916/95 der Kommission⁽²⁾, insbe-
sondere auf Artikel 8 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 2777/75
kann der Unterschied zwischen den Weltmarktpreisen
und den Preisen in der Gemeinschaft für die in Artikel 1
Absatz 1 der genannten Verordnung aufgeführten Erzeug-
nisse durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen
werden.

Die Anwendung dieser Modalitäten auf die gegenwärtige
Marktsituation bei Geflügelfleisch führt dazu, die Erstat-
tung auf einen Betrag festzusetzen, der der Gemeinschaft

die Teilnahme am internationalen Handel ermöglicht
und dem Charakter der Ausfuhren dieser Erzeugnisse
sowie ihrer Bedeutung zum gegenwärtigen Zeitpunkt
Rechnung trägt.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Eier und Geflügel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Für die Ausfuhren für die die in Artikel 8 der Verordnung
(EWG) Nr. 2777/75 genannte Erstattung gewährt wird,
und die Höhe dieser Erstattung sind im Anhang festge-
setzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. Oktober 1998 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. Oktober 1998

Für die Kommission
Franz FISCHLER
Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. L 282 vom 1. 11. 1975, S. 77.

⁽²⁾ ABl. L 305 vom 19. 12. 1995, S. 49.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 14. Oktober 1998 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen auf dem Geflügelfleischsektor

Erzeugniscode	Bestimmung der Erstattungen (1)	Erstattungsbetrag	Erzeugniscode	Bestimmung der Erstattungen (1)	Erstattungsbetrag
		ECU/100 Stück			ECU/100 kg
0105 11 11 9000	01	1,40	0207 12 90 9190	02	28,00
0105 11 19 9000	01	1,40		03	13,00
0105 11 91 9000	01	1,40			
0105 11 99 9000	01	1,40	0207 14 20 9900	04	7,00
0105 12 00 9000	01	3,30			
0105 19 20 9000	01	3,30	0207 14 60 9900	04	7,00
		ECU/100 kg			
0207 12 10 9900	02	28,00	0207 14 70 9190	04	7,00
	03	13,00	0207 14 70 9290	04	7,00

(1) Folgende Bestimmungen sind vorgesehen:

- 01 alle Bestimmungen, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Amerika;
- 02 Angola, Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrein, Katar, Oman, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Jordanien, dem Jemen, dem Libanon, dem Irak und dem Iran;
- 03 Armenien, Aserbaidschan, Weißrußland, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Moldawien, Rußland, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan, der Ukraine, Litauen, Estland und Lettland;
- 04 alle Bestimmungen, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Amerika, Bulgariens, Polens, Ungarns, Rumäniens, der Slowakei, der Tschechischen Republik, der Schweiz und der unter 03 genannten Bestimmungsländer.

NB: Die die Erzeugnisse betreffenden Codes sowie die Verweisungen und Fußnoten sind durch die geänderte Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission bestimmt.

VERORDNUNG (EG) Nr. 2210/98 DER KOMMISSION
vom 14. Oktober 1998
zur Festsetzung der Erstattungen bei der Ausfuhr auf dem Schweinefleischsektor

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2759/75 des Rates
vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorgani-
sation für Schweinefleisch⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Akte über den Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens
und durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94⁽²⁾,
insbesondere auf Artikel 13 Absatz 3 zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Gemäß Artikel 13 der Verordnung (EWG) Nr. 2759/75
kann der Unterschied zwischen den Weltmarktpreisen
und den Preisen in der Gemeinschaft für die in Artikel 1
Absatz 1 der genannten Verordnung aufgeführten Erzeug-
nisse durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen
werden.

Die Anwendung dieser Modalitäten auf die gegenwärtige
Marktsituation auf dem Schweinefleischsektor führt dazu,
die Erstattung wie folgt festzusetzen.

Für die Erzeugnisse des KN-Codes 0210 19 81 ist es
angebracht, die Erstattung auf einen Betrag festzusetzen,
der einerseits den qualitativen Merkmalen der in diesen
KN-Codes fallenden Erzeugnisse und andererseits der
vorherzusehenden Entwicklung der Erzeugerkosten auf
dem Weltmarkt Rechnung trägt. Es ist jedoch zweck-
mäßig, für gewisse typisch italienische Erzeugnisse des
KN-Codes 0210 19 81 die Aufrechterhaltung der Beteili-
gung der Gemeinschaft am internationalen Handel
sicherzustellen.

Wegen der Wettbewerbsbedingungen in bestimmten
dritten Ländern, die traditionell die wichtigsten Einfuhr-
länder für die Erzeugnisse der KN-Codes ex 1601 00 und

1602 sind, ist es angebracht, für diese Erzeugnisse einen
Betrag vorzusehen, der dieser Situation Rechnung trägt.
Es ist jedoch sicherzustellen, daß die Erstattung nur auf
das Nettogewicht der eßbaren Stoffe, mit Ausnahme des
Gewichts der in diesen Zubereitungen eventuell enthal-
tenen Knochen, gewährt wird.

Gemäß Artikel 13 der Verordnung (EWG) Nr. 2759/75
können die Lage im internationalen Handel oder die
besonderen Erfordernisse bestimmter Märkte es
notwendig machen, die Erstattung für die in Artikel 1 der
Verordnung (EWG) Nr. 2759/75 genannten Erzeugnisse
nach der Bestimmung in unterschiedlicher Höhe festzu-
setzen.

Die Erstattungen sind unter Berücksichtigung der Ände-
rungen festzusetzen, die in der Nomenklatur der Erstat-
tungen gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der
Kommission⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EG) Nr. 2138/98⁽⁴⁾, vorgenommen worden sind.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Schweinefleisch —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Das Verzeichnis der Erzeugnisse, bei deren Ausfuhr die in
Artikel 13 der Verordnung (EWG) Nr. 2759/75 genannte
Erstattung gewährt wird, und die Höhe dieser Erstattung
werden im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 15. Oktober 1998 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. Oktober 1998

Für die Kommission
Franz FISCHLER
Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. L 282 vom 1. 11. 1975, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105.

⁽³⁾ ABl. L 366 vom 24. 12. 1987, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. L 270 vom 7. 10. 1998, S. 4.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 14. Oktober 1998 zur Festsetzung der Erstattungen
bei der Ausfuhr auf dem Schweinefleischsektor

(ECU/100 kg Nettogewicht)

Erzeugniscode	Bestimmung ⁽¹⁾	Betrag der Erstattungen
0203 11 10 9000	01	40,00
0203 12 11 9100	01	40,00
0203 12 19 9100	01	40,00
0203 19 11 9100	01	40,00
0203 19 13 9100	01	40,00
0203 19 15 9100	01	25,00
0203 19 55 9110	01	40,00
0203 19 55 9310	01	25,00
0203 21 10 9000	01	40,00
0203 22 11 9100	01	40,00
0203 22 19 9100	01	40,00
0203 29 11 9100	01	40,00
0203 29 13 9100	01	40,00

(ECU/100 kg Nettogewicht)

Erzeugniscode	Bestimmung ⁽¹⁾	Betrag der Erstattungen
0203 29 15 9100	01	25,00
0203 29 55 9110	01	40,00
0210 11 31 9110	01	90,00
0210 11 31 9910	01	90,00
0210 12 19 9100	01	20,00
0210 19 81 9100	01	95,00
0210 19 81 9300	01	76,00
1601 00 91 9000	01	28,00
1601 00 99 9110	01	25,00
1602 41 10 9210	01	62,00
1602 42 10 9210	01	34,00
1602 49 19 9120	01	25,00

⁽¹⁾ Folgende Bestimmungen sind vorgesehen:
01 alle Drittländer.

NB: Die die Erzeugnisse betreffenden Codes sowie die Verweisungen und Fußnoten sind durch die Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission bestimmt.

VERORDNUNG (EG) Nr. 2211/98 DER KOMMISSION
vom 14. Oktober 1998

betreffend die Festsetzung der Höchstbeträge der Erstattungen bei der Ausfuhr von Olivenöl für die 21. Teilausschreibung im Rahmen der mit der Verordnung (EG) Nr. 1978/97 eröffneten Dauerausschreibung

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1638/98 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1978/97 der Kommission ⁽³⁾ wurde eine Dauerausschreibung für die Festsetzung der Erstattungen bei der Ausfuhr von Olivenöl eröffnet.

Gemäß Artikel 6 der Verordnung (EG) Nr. 1978/97 wird unter Berücksichtigung insbesondere der Lage und der voraussichtlichen Entwicklung des Olivenölmarkts in der Gemeinschaft sowie des Weltmarkts und auf der Grundlage der eingegangenen Angebote ein Höchstbetrag der Ausfuhrerstattung festgesetzt, wobei die Bieter den

Zuschlag erhalten, deren Angebot dem Höchstbetrag der Ausfuhrerstattung entspricht oder darunter liegt.

Die Anwendung dieser Vorschriften führt zur Festsetzung der im Anhang genannten Höchstbeträge der Ausfuhrerstattung.

Der Verwaltungsausschuß für Fette hat nicht innerhalb der ihm von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist Stellung genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Höchstbeträge der Erstattungen bei der Ausfuhr von Olivenöl für die 21. Teilausschreibung im Rahmen der mit der Verordnung (EG) Nr. 1978/97 eröffneten Dauerausschreibung werden auf der Grundlage der im Anhang bis 9. Oktober 1998 eingereichten Angebote festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 15. Oktober 1998 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. Oktober 1998

Für die Kommission
Franz FISCHLER
Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66.

⁽²⁾ ABl. L 210 vom 28. 7. 1998, S. 32.

⁽³⁾ ABl. L 278 vom 11. 10. 1997, S. 7.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 14. Oktober 1998 betreffend die Festsetzung der Höchstbeträge der Erstattungen bei der Ausfuhr von Olivenöl für die 21. Teilausschreibung im Rahmen der mit der Verordnung (EG) Nr. 1978/97 eröffneten Dauerausschreibung

(ECU/100 kg)

Erzeugniscode	Erstattungsbetrag
1509 10 90 9100	—
1509 10 90 9900	—
1509 90 00 9100	—
1509 90 00 9900	—
1510 00 90 9100	—
1510 00 90 9900	—

NB: Die die Erzeugnisse betreffenden Codes sowie die Verweisungen und Fußnoten sind durch die geänderte Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission bestimmt.

VERORDNUNG (EG) Nr. 2212/98 DER KOMMISSION
vom 14. Oktober 1998
zur Festsetzung der im Sektor Reis geltenden Einfuhrzölle

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3072/95 des Rates
vom 22. Dezember 1995 über die gemeinsame Markt-
organisation für Reis ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EG) Nr. 2072/98 ⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1503/96 der
Kommission vom 29. Juli 1996 mit Durchführungs-
bestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 3072/95 des
Rates betreffend die Erhebung von Einfuhrzöllen im
Reissektor ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG)
Nr. 1403/97 ⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Gemäß Artikel 11 der Verordnung (EG) Nr. 3072/95
werden bei der Einfuhr der in Artikel 1 derselben Verord-
nung genannten Erzeugnisse die Zölle des Gemeinsamen
Zolltarifs erhoben. Bei den Erzeugnissen von Absatz 2
desselben Artikels entsprechen die Zölle jedoch dem bei
ihrer Einfuhr geltenden Interventionspreis, erhöht bei der
Einfuhr von geschältem oder vollständig geschliffenem
Reis um einen bestimmten Prozentsatz und vermindert
um den Einfuhrpreis. Dieser Zoll darf jedoch den Satz
des Gemeinsamen Zolltarifs nicht überschreiten.

Gemäß Artikel 12 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr.
3072/95 wird der cif-Einfuhrpreis unter Zugrundelegung
der repräsentativen Preise des betreffenden Erzeugnisses

auf dem Weltmarkt oder auf dem gemeinschaftlichen
Einfuhrmarkt berechnet.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1503/96 wurden die Durch-
führungsbestimmungen erlassen, die sich auf die Verord-
nung (EG) Nr. 3072/95 beziehen und die im Sektor Reis
geltenden Zölle betreffen.

Die Einfuhrzölle gelten, bis eine Neufestsetzung in Kraft
tritt, außer wenn in den zwei Wochen vor der folgenden
Festsetzung keine Notierung in der Referenzquelle
gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1503/96
vorliegt.

Damit sich die Einfuhrzölle reibungslos anwenden lassen,
sollten zu ihrer Berechnung die in einem Bezugszeitraum
festgestellten Marktkurse zugrunde gelegt werden.

Die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1503/96 hat
die Festsetzung der Zölle gemäß den Anhängen der
vorliegenden Verordnung zur Folge —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die im Sektor Reis gemäß Artikel 11 Absätze 1 und 2 der
Verordnung (EG) Nr. 3072/95 anwendbaren Einfuhrzölle
werden in Anhang I unter Zugrundelegung der im
Anhang II angegebenen Bestandteile festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 15. Oktober 1998 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 14. Oktober 1998

Für die Kommission
Franz FISCHLER
Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. L 329 vom 30. 12. 1995, S. 18.

⁽²⁾ ABl. L 265 vom 30. 9. 1998, S. 4.

⁽³⁾ ABl. L 189 vom 30. 7. 1996, S. 71.

⁽⁴⁾ ABl. L 194 vom 23. 7. 1997, S. 2.

ANHANG I

Festsetzung der Einfuhrzölle für Reis und Bruchreis

(in ECU/Tonne)

KN-Code	Zoll (°)				
	Drittländer (außer AKP-Staaten und Bangladesch) (°) (°)	AKP-Staaten (°) (°) (°)	Bangladesch (°)	Basmati Indien und Pakistan (°)	Ägypten (°)
1006 10 21	(°)	83,41	121,01		188,03
1006 10 23	(°)	83,41	121,01		188,03
1006 10 25	(°)	83,41	121,01		188,03
1006 10 27	(°)	83,41	121,01		188,03
1006 10 92	(°)	83,41	121,01		188,03
1006 10 94	(°)	83,41	121,01		188,03
1006 10 96	(°)	83,41	121,01		188,03
1006 10 98	(°)	83,41	121,01		188,03
1006 20 11	264,20	88,13	127,76		198,15
1006 20 13	264,20	88,13	127,76		198,15
1006 20 15	264,20	88,13	127,76		198,15
1006 20 17	265,45	88,57	128,39	15,45	199,09
1006 20 92	264,20	88,13	127,76		198,15
1006 20 94	264,20	88,13	127,76		198,15
1006 20 96	264,20	88,13	127,76		198,15
1006 20 98	265,45	88,57	128,39	15,45	199,09
1006 30 21	471,77	152,73	220,98		353,83
1006 30 23	471,77	152,73	220,98		353,83
1006 30 25	471,77	152,73	220,98		353,83
1006 30 27	(°)	160,51	232,09		370,50
1006 30 42	471,77	152,73	220,98		353,83
1006 30 44	471,77	152,73	220,98		353,83
1006 30 46	471,77	152,73	220,98		353,83
1006 30 48	(°)	160,51	232,09		370,50
1006 30 61	471,77	152,73	220,98		353,83
1006 30 63	471,77	152,73	220,98		353,83
1006 30 65	471,77	152,73	220,98		353,83
1006 30 67	(°)	160,51	232,09		370,50
1006 30 92	471,77	152,73	220,98		353,83
1006 30 94	471,77	152,73	220,98		353,83
1006 30 96	471,77	152,73	220,98		353,83
1006 30 98	(°)	160,51	232,09		370,50
1006 40 00	(°)	49,58	72,38		114,00

(°) Bei der Einfuhr von Reis mit Ursprung in den AKP-Staaten gilt der im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1706/98 des Rates (ABl. L 215 vom 1. 8. 1998, S. 12) und der geänderten Verordnung (EG) Nr. 2603/97 der Kommission (ABl. L 351 vom 23. 12. 1997, S. 22) festgelegte Zoll.

(°) Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1706/98 wird bei der unmittelbaren Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean in das überseeische Departement Réunion kein Zoll erhoben.

(°) Der bei der Einfuhr von Reis in das überseeische Departement Réunion zu erhebende Zoll ist in Artikel 11 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 3072/95 festgesetzt.

(°) Bei der Einfuhr von Reis, ausgenommen Bruchreis (KN-Code 1006 40 00), mit Ursprung in Bangladesch gilt der im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 3491/90 des Rates (ABl. L 337 vom 4. 12. 1990, S. 1) und der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 862/91 der Kommission (ABl. L 88 vom 9. 4. 1991, S. 7) festgelegte Zoll.

(°) Gemäß Artikel 101 Absatz 1 des geänderten Beschlusses 91/482/EWG des Rates (ABl. L 263 vom 19. 9. 1991, S. 1) werden Erzeugnisse mit Ursprung in überseeischen Ländern und Gebieten zollfrei eingeführt.

(°) Für geschälten Reis der Sorte Basmati, der seinen Ursprung in Indien und Pakistan hat, wird eine Ermäßigung um 250 ECU/t berücksichtigt (Artikel 4a der geänderten Verordnung (EG) Nr. 1503/96).

(°) Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs.

(°) Bei der Einfuhr von Reis mit Ursprung in und Herkunft aus Ägypten gilt der im Rahmen der Verordnungen (EG) Nr. 2184/96 des Rates (ABl. L 292 vom 15. 11. 1996, S. 1) und (EG) Nr. 196/97 der Kommission (ABl. L 31 vom 1. 2. 1997, S. 53) festgelegte Zoll.

ANHANG II

Berechnung des im Sektor Reis zu erhebenden Einfuhrzolls

	Paddy	Indica		Japonica		Reisbruch
		Geschält	Geschliffen	Geschält	Geschliffen	
1. Einfuhrzoll (ECU/t)	(¹)	265,45	494,00	264,20	471,77	(¹)
2. Berechnungsbestandteile						
a) cif-Preis Arag (ECU/t)	—	303,17	315,23	329,69	371,68	—
b) fob-Preis (ECU/t)	—	—	—	304,49	346,48	—
c) Frachtkosten (ECU/t)	—	—	—	25,20	25,20	—
d) Quelle	—	USDA	USDA	Operator	Operator	—

(¹) Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs.

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

KOMMISSION

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 16. September 1998

über eine gemeinsame technische Vorschrift für allgemeine Anschaltebedingungen für den europaweiten, öffentlichen, zellularen, terrestrischen Digital-Mobilfunk, Phase II (2. Ausgabe)

(Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1998) 2720)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(98/574/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften,

gestützt auf die Richtlinie 98/13/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 1998 über Telekommunikationsendeinrichtungen und Satellitenfunkanlagen einschließlich der gegenseitigen Anerkennung ihrer Konformität⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 7 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Kommission hat die Maßnahme zur Festlegung der Endeinrichtungen, die eine gemeinsame technische Vorschrift erfordern, erlassen und das entsprechende Bedarfsprofil definiert in Übereinstimmung mit Artikel 7 Absatz 2 erster Gedankenstrich der Richtlinie 98/13/EG.

Die diesbezüglichen harmonisierten Normen bzw. Teilnormen zur Erfüllung der grundlegenden Anforderungen, die in gemeinsame technische Vorschriften umzusetzen sind, sollten verabschiedet werden.

Um die Kontinuität des Marktzugangs für die Hersteller zu gewährleisten, sind Übergangsbestimmungen für die mit der Entscheidung 96/630/EWG der Kommission⁽²⁾ genehmigten Endeinrichtungen erforderlich.

Die Entscheidung 96/630/EWG sollte mit Ablauf der Übergangsfrist aufgehoben werden.

Die Entscheidung 97/526/EWG der Kommission⁽³⁾ sollte am 24. Oktober 1998 aufgehoben werden.

Der Vorschlag wurde dem Zulassungsausschuß für Telekommunikationsendeinrichtungen (ACTE) gemäß Artikel 29 Absatz 2 vorgelegt.

Die mit dieser Entscheidung erlassene gemeinsame technische Vorschrift entspricht der Stellungnahme des ACTE —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Diese Entscheidung gilt für Endeinrichtungen, die für den Anschluß an ein öffentliches Telekommunikationsnetz bestimmt sind und unter die in Artikel 2 Absatz 1 genannte harmonisierte Norm fallen.

(2) Mit dieser Entscheidung wird eine gemeinsame technische Vorschrift mit Anschaltebedingungen für Endeinrichtungen eingeführt, die für den Anschluß an das europaweite, zellulare, terrestrische Digital-Mobilfunknetz bestimmt sind, Modulation mit konstanter Hüllkurve verwenden, mit einem Kanalabstand von 200 kHz im 900 MHz-Band betrieben werden und Verkehrskanäle nach dem TDMA-Prinzip besitzen.

⁽¹⁾ ABl. L 74 vom 12. 3. 1998, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 282 vom 1. 11. 1996, S. 79.

⁽³⁾ ABl. L 215 vom 7. 8. 1997, S. 54.

Artikel 2

(1) Die gemeinsame technische Vorschrift umfaßt die von der zuständigen Normenorganisation erstellte harmonisierte Norm, die im geltenden Umfang den grundlegenden Anforderungen gemäß Artikel 5 Buchstaben c) bis f) der Richtlinie 98/13/EG entspricht. Die Fundstelle dieser Norm ist dem Anhang I zu entnehmen. Anhang II vermittelt einen Überblick über die geltenden Bestandteile dieser Norm.

(2) Endeinrichtungen, die unter diese Entscheidung fallen, müssen der in Absatz 1 genannten gemeinsamen technischen Vorschrift entsprechen, die grundlegenden Anforderungen in Artikel 5 Buchstaben a) und b) der Richtlinie 98/13/EG erfüllen und den Anforderungen aller übrigen geltenden Richtlinien genügen, insbesondere denen der Richtlinien 73/23/EWG⁽¹⁾ und 89/336/EWG⁽²⁾ des Rates.

Artikel 3

Die für die Durchführung der Verfahren nach Artikel 10 der Richtlinie 98/13/EG benannten Stellen müssen für Endeinrichtungen, die unter Artikel 1 Absatz 1 dieser Entscheidung fallen, nach dem Inkrafttreten dieser Entscheidung die geltenden Bestandteile der in Artikel 2

Absatz 1 genannten harmonisierten Norm anwenden bzw. deren Anwendung sicherstellen.

Artikel 4

(1) Die Entscheidung 96/630/EG wird drei Monate nach dem Inkrafttreten dieser Entscheidung aufgehoben.

(2) Endeinrichtungen, die aufgrund der Entscheidung 96/630/EG genehmigt wurden, können weiterhin vertrieben und in Betrieb genommen werden, sofern die Genehmigung nicht später als drei Monate nach dem Inkrafttreten dieser Entscheidung erteilt wurde.

(3) Die Entscheidung 97/526/EG wird mit Wirkung vom 24. Oktober 1998 aufgehoben.

Artikel 5

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 16. September 1998

Für die Kommission

Martin BANGEMANN

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. L 77 vom 26. 3. 1973, S. 29.

⁽²⁾ ABl. L 139 vom 23. 5. 1989, S. 19.

*ANHANG I***Fundstelle der geltenden harmonisierten Norm**

Harmonisierte Norm gemäß Artikel 2:

European digital cellular telecommunications system (Phase 2);
Attachment requirements for Global System for Mobile communications (GSM) mobile stations;
Access

(Europäisches zelluläres Digital-Kommunikationssystem (Phase 2);
Anschaltebedingungen für Mobilstationen des Global System for Mobile Communications (GSM);
Zugang)

ETSI

Europäisches Institut für Telekommunikationsnormen

Sekretariat

TBR 19 (5. Ausgabe): März 1998

(mit Ausnahme des Vorworts)

Zusatzinformation

Das Europäische Institut für Telekommunikationsnormen ist gemäß der Richtlinie 83/189/EWG des Rates ⁽¹⁾ anerkannt.

Die obengenannte harmonisierte Norm wurde aufgrund eines Auftrags erstellt, der nach den einschlägigen Verfahren der Richtlinie 83/189/EWG erteilt wurde.

Der vollständige Text der obengenannten harmonisierten Norm ist bei folgenden Stellen erhältlich:

Europäisches Institut für Telekommunikationsnormen
650, route des Lucioles
F-06921 Sophia Antipolis Cedex

Europäische Kommission
GD XIII/A/2 — (BU 31, 1/7)
Rue de la Loi/Wetstraat 200
B-1049 Brüssel

oder kann bei allen anderen Organisationen angefordert werden, die ETSI-Normen zur Verfügung stellen.
Eine Liste dieser Organisationen ist im Internet unter der Adresse www.ispo.cec.be abrufbar.

⁽¹⁾ ABl. L 109 vom 26. 4. 1983, S. 8.

ANHANG II

Geltende Teile der TBR 19 (5. Ausgabe)

TBR 19 Anforderung

11.1.1	11.1.2	11.2	11.3	11.4	11.5
12.1.1	12.1.2	12.2.1	12.2.2	13.1	13.2
13.3-1	13.4	14.1.1.2	14.1.2.2	14.2.1	14.2.2
14.2.3	14.2.4	14.3	14.4.1	14.4.2	14.4.4
14.4.5	14.5.1	14.5.2	14.6.1	14.6.2	14.7.1
14.8.1	14.8.2	15	16	17.1	17.2
18	19.1	19.2	19.3	20.1	20.2
20.3	20.4	20.5	20.6	20.7	20.8
20.9	20.10	20.11	20.12	20.13	20.15
20.16	20.17	20.19	21.1	21.2	21.3.1
21.3.2	21.4	22	25.2.1.1.1	25.2.1.1.2.1	25.2.1.1.2.2
25.2.1.1.2.3	25.2.1.1.3	25.2.1.1.4	25.2.1.2.1	25.2.1.2.2	25.2.1.2.3
25.2.1.2.4	25.2.2.1	25.2.2.2	25.2.2.3	25.2.3	25.2.4.3
25.2.5.1	25.2.5.2	25.2.6.1	25.2.6.2	25.2.7	26.2.1.1
26.2.1.2	26.2.1.3	26.2.2	26.2.3	26.2.4 pr1	26.2.4 pr2
26.2.4 pr3	26.2.4 pr4	26.2.4 pr5	26.2.4 pr6	26.2.4 pr7	26.2.4 pr8
26.5.1	26.5.2.1.1	26.5.2.1.2	26.5.2.2	26.5.2.3	26.5.3.1
26.5.3.2	26.5.3.3	26.5.3.4	26.5.4.1	26.5.5.1.1.1	26.5.5.1.1.2
26.5.5.1.2	26.5.5.2.1	26.5.5.2.3	26.5.5.3.1.1	26.5.5.3.2	26.5.6.1.1
26.5.6.1.2	26.5.6.2.1	26.5.6.2.4	26.5.6.3	26.5.7.1.1	26.5.7.1.3
26.5.7.1.4	26.5.7.2	26.5.7.3	26.6.1.1	26.6.1.2	26.6.1.3
26.6.1.4	26.6.2.1.1	26.6.2.1.2	26.6.2.1.3	26.6.2.2	26.6.2.3.1
26.6.2.3.2	26.6.2.4	26.6.2.5	26.6.3.1	26.6.3.2	26.6.3.3
26.6.3.4	26.6.3.6	26.6.4.1	26.6.4.2.2	26.6.5.1-1	26.6.5.1-2
26.6.5.1-3	26.6.5.1-4	26.6.5.1-5	26.6.5.1-6	26.6.5.1-7	26.6.5.1-8
26.6.5.2-1	26.6.5.2-2	26.6.5.2-3	26.6.5.2-4	26.6.5.2-5	26.6.5.2-6
26.6.5.2-7	26.6.5.2-8	26.6.5.2-9	26.6.5.2-10	26.6.5.3-1	26.6.5.3-2
26.6.5.4-1	26.6.5.4-2	26.6.5.4-3	26.6.5.4-4	26.6.5.5.1	26.6.5.5.2
26.6.5.6	26.6.5.7	26.6.5.8	26.6.5.9	26.6.6.1	26.6.7.1
26.6.8.4	26.6.8.5	26.6.12.1	26.6.12.2	26.6.12.3	26.6.12.4
26.6.13.3	26.6.13.5	26.6.13.6	26.6.13.8	26.6.13.9	26.6.13.10
26.7.1	26.7.2.1	26.7.2.2	26.7.3.1	26.7.3.2	26.7.4.1
26.7.4.2.1	26.7.4.2.2-1	26.7.4.2.2-2	26.7.4.2.3	26.7.4.2.4 pr1	26.7.4.3.1
26.7.4.3.2	26.7.4.3.3	26.7.4.3.4	26.7.4.5.1	26.7.4.5.2	26.7.4.6
26.7.5.3	26.7.5.5	26.7.5.7.1	26.8.1.2.2.1	26.8.1.2.2.2	26.8.1.2.3.2
26.8.1.2.3.5	26.8.1.2.3.6	26.8.1.2.4.2	26.8.1.2.4.3	26.8.1.2.4.4	26.8.1.2.4.5
26.8.1.2.4.6	26.8.1.2.4.7	26.8.1.2.4.8	26.8.1.2.4.13	26.8.1.2.5.2	26.8.1.2.5.3
26.8.1.2.6.2	26.8.1.2.6.3	26.8.1.2.6.5	26.8.1.2.6.6	26.8.1.2.7.1	26.8.1.2.7.3
26.8.1.2.8.1	26.8.1.2.9.1	26.8.1.2.9.2	26.8.1.2.9.4	26.8.1.3.1.1	26.8.1.3.3.1

26.8.1.3.3.3	26.8.1.3.3.4	26.8.1.3.4.2	26.8.1.3.4.3	26.8.1.3.4.8	26.8.1.3.5.2
26.8.1.3.5.3	26.8.1.3.5.4	26.8.1.3.5.5	26.8.1.4.2.1	26.8.1.4.3.1	26.8.1.4.3.2
26.8.1.4.5.1	26.8.2.1	26.8.2.2	26.8.2.3	26.8.3	26.9.2
26.9.3	26.9.4	26.9.5	26.9.6.1.1	26.9.6.1.2	26.9.6.2.1
26.9.6.2.2	26.10.2.1	26.10.2.4.1	26.10.2.4.2	26.12.1	26.12.2.1
26.10.2.2	26.10.2.3	26.10.2.5	26.10.3.1	26.12.2.2	26.12.3
26.12.4	26.12.5	27.3	27.4	27.5	27.6
27.7	27.10	27.11.1.1	27.11.1.2	27.11.1.3	27.11.1.4
27.11.1.5	27.11.2.1	27.11.2.2	27.11.2.3	27.11.2.4	27.11.3
27.12.1	27.12.2	27.14.3	27.14.4	27.17.1.1	27.17.1.2
27.17.1.3	27.17.1.4	27.17.1.5.1	27.17.1.5.2	27.17.1.5.3	27.17.1.5.4
27.17.2.1.1	27.17.2.1.2	27.17.2.2	27.17.2.3	27.17.2.5	27.18.1
27.18.2	27.19	27.20.	27.21.1	27.21.3	27.21.4
29.3.2.6.7	29.3.2.6.9	29.3.3.2	29.3.3.3	29.3.3.5	31.6.1.1
31.6.1.2	31.6.1.5	31.6.1.6	31.6.1.7	31.6.1.8	31.6.2.1
31.6.2.2	31.6.2.3	31.6.2.4	31.6.2.5	31.8.1.1	31.8.3.1
31.10	32.11	32.12	33.6	34.2.1	34.2.2
34.2.3	34.2.5.3	34.3			

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 16. September 1998

über eine gemeinsame technische Vorschrift für allgemeine Anschaltebedingungen für Mobilstationen, die für öffentliche digitale, zellulare Telekommunikationsnetze der Phase II im GSM-1800-Band bestimmt sind (2. Ausgabe)

(Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1998) 2721)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(98/575/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften,

gestützt auf die Richtlinie 98/13/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 1998 über Telekommunikationsendeinrichtungen und Satellitenfunkanlagen einschließlich der gegenseitigen Anerkennung ihrer Konformität⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 7 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Kommission hat die Maßnahme zur Festlegung der Endeinrichtungen, die eine gemeinsame technische Vorschrift erfordern, erlassen und das entsprechende Bedarfsprofil definiert in Übereinstimmung mit Artikel 7 Absatz 2 erster Gedankenstrich der Richtlinie 98/13/EG.

Die diesbezüglichen harmonisierten Normen bzw. Teilnormen zur Erfüllung der grundlegenden Anforderungen, die in gemeinsame technische Vorschriften umzusetzen sind, sollten verabschiedet werden.

Um die Kontinuität des Marktzugangs für die Hersteller zu gewährleisten, sind Übergangsbestimmungen für die mit der Entscheidung 97/528/EWG der Kommission⁽²⁾ genehmigten Endeinrichtungen erforderlich.

Die Entscheidung 97/528/EWG sollte mit Ablauf der Übergangsfrist aufgehoben werden.

Der Vorschlag wurde dem Zulassungsausschuß für Telekommunikationsendeinrichtungen (ACTE) gemäß Artikel 29 Absatz 2 vorgelegt.

Die mit dieser Entscheidung erlassene gemeinsame technische Vorschrift entspricht der Stellungnahme des ACTE —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Diese Entscheidung gilt für Endeinrichtungen, die für den Anschluß an ein öffentliches Telekommunikations-

netz bestimmt sind und unter die in Artikel 2 Absatz 1 genannte harmonisierte Norm fallen.

(2) Mit dieser Entscheidung wird eine gemeinsame technische Vorschrift mit Anschaltebedingungen für Endeinrichtungen eingeführt, die für öffentliche digitale, zellulare Telekommunikationsnetze der Phase II im DCS-1800-Band mit einem Kanalabstand von 200 kHz bestimmt sind und Verkehrskanäle nach dem TDMA-Prinzip besitzen. Sie gilt ferner für Endeinrichtungen, die sich für den Betrieb sowohl im GSM-900- als auch im GSM-1800-Frequenzband eignen.

Artikel 2

(1) Die gemeinsame technische Vorschrift umfaßt die von der zuständigen Normenorganisation erstellte harmonisierte Norm, die im geltenden Umfang den grundlegenden Anforderungen gemäß Artikel 5 Buchstaben c) bis f) der Richtlinie 98/13/EG entspricht. Die Fundstelle dieser Norm ist dem Anhang I zu entnehmen. Anhang II vermittelt einen Überblick über die geltenden Bestandteile dieser Norm.

(2) Endeinrichtungen, die unter diese Entscheidung fallen, müssen der in Absatz 1 genannten gemeinsamen technischen Vorschrift entsprechen, die grundlegenden Anforderungen in Artikel 5 Buchstaben a) und b) der Richtlinie 98/13/EG erfüllen und den Anforderungen aller übrigen geltenden Richtlinien genügen, insbesondere denen der Richtlinien 73/23/EWG⁽³⁾ und 89/336/EWG⁽⁴⁾ des Rates.

Artikel 3

Die für die Durchführung der Verfahren nach Artikel 10 der Richtlinie 98/13/EG benannten Stellen müssen für Endeinrichtungen, die unter Artikel 1 Absatz 1 dieser Entscheidung fallen, nach dem Inkrafttreten dieser Entscheidung die geltenden Bestandteile der in Artikel 2 Absatz 1 genannten harmonisierten Norm anwenden bzw. deren Anwendung sicherstellen.

⁽¹⁾ ABl. L 74 vom 12. 3. 1998, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 215 vom 7. 8. 1997, S. 60.

⁽³⁾ ABl. L 77 vom 26. 3. 1973, S. 29.

⁽⁴⁾ ABl. L 139 vom 23. 5. 1989, S. 19.

Artikel 4

(1) Die Entscheidung 97/528/EG wird drei Monate nach dem Inkrafttreten dieser Entscheidung aufgehoben.

(2) Endeinrichtungen, die aufgrund der Entscheidung 97/528/EG genehmigt wurden, können weiterhin vertrieben und in Betrieb genommen werden, sofern die Genehmigung nicht später als drei Monate nach dem Inkrafttreten dieser Entscheidung erteilt wurde.

Artikel 5

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 16. September 1998

Für die Kommission
Martin BANGEMANN
Mitglied der Kommission

*ANHANG I***Fundstelle der geltenden harmonisierten Norm**

Harmonisierte Norm gemäß Artikel 2:

Digital cellular telecommunications system (Phase 2);
Attachment requirements for mobile stations in the DCS 1 800 band and additional (GSM) 900 band;
Access

(Digitales, zellulares Telekommunikationssystem (Phase 2);
Anschaltebedingungen für Mobilstationen im DCS-1800-Band und im zusätzlichen GSM-900-Band
Zugang)

ETSI

Europäisches Institut für Telekommunikationsnormen

Sekretariat

TBR 31 (2. Ausgabe): März 1998

(mit Ausnahme des Vorworts)

Zusatzinformation

Das Europäische Institut für Telekommunikationsnormen ist gemäß der Richtlinie 83/189/EWG des Rates⁽¹⁾ anerkannt.

Die obengenannte harmonisierte Norm wurde aufgrund eines Auftrags erstellt, der nach den einschlägigen Verfahren der Richtlinie 83/189/EWG erteilt wurde.

Der vollständige Text der obengenannten harmonisierten Norm ist bei folgenden Stellen erhältlich:

Europäisches Institut für Telekommunikationsnormen
650, route des Lucioles
F-06921 Sophia Antipolis Cedex

Europäische Kommission
GD XIII/A/2 — (BU 31, 1/7)
Rue de la Loi/Wetstraat 200
B-1049 Brüssel

oder kann bei allen anderen Organisationen angefordert werden, die ETSI-Normen zur Verfügung stellen.
Eine Liste dieser Organisationen ist im Internet unter der Adresse www.ispo.cec.be abrufbar.

⁽¹⁾ ABl. L 109 vom 26. 4. 1983, S. 8.

ANHANG II

Geltende Teile der TBR 31 (2. Ausgabe)

TBR 31 Anforderung

11.1.1	11.1.2	11.2	11.3	11.4	11.5
12.1.1	12.1.2	12.2.1	12.2.2	13.1	13.2
13.3-1	13.4	14.1.1.2	14.1.2.2	14.2.1	14.2.2
14.2.3	14.2.4	14.3	14.4.1	14.4.2	14.4.4
14.4.5	14.5.1	14.5.2	14.6.1	14.6.2	14.7.1
14.8.1	14.8.2	15	16	17.1	17.2
18	19.1	19.2	19.3	20.1	20.2
20.3	20.4	20.5	20.6	20.7	20.8
20.9	20.10	20.11	20.12	20.13	20.15
20.16	20.17	20.19	20.20.1	20.20.2	21.1
21.2	21.3.1	21.3.2	21.4	22	25.2.1.1.1
25.2.1.1.2.1	25.2.1.1.2.2	25.2.1.1.2.3	25.2.1.1.3	25.2.1.1.4	25.2.1.2.1
25.2.1.2.2	25.2.1.2.3	25.2.1.2.4	25.2.2.1	25.2.2.2	25.2.2.3
25.2.3	25.2.4.3	25.2.5.1	25.2.5.2	25.2.6.1	25.2.6.2
25.2.7	26.2.1.1	26.2.1.2	26.2.1.3	26.2.2	26.2.3
26.2.4 pr1	26.2.4 pr2	26.2.4 pr3	26.2.4 pr4	26.2.4 pr5	26.2.4 pr6
26.2.4 pr7	26.2.4 pr8	26.5.1	26.5.2.1.1	26.5.2.1.2	26.5.2.2
26.5.2.3	26.5.3.1	26.5.3.2	26.5.3.3	26.5.3.4	26.5.4.1
26.5.5.1.1.1	26.5.5.1.1.2	26.5.5.1.2	26.5.5.2.1	26.5.5.2.3	26.5.5.3.1.1
26.5.5.3.2	26.5.6.1.1	26.5.6.1.2	26.5.6.2.1	26.5.6.2.4	26.5.6.3
26.5.7.1.1	26.5.7.1.3	26.5.7.1.4	26.5.7.2	26.5.7.3	26.6.1.1
26.6.1.2	26.6.1.3	26.6.1.4	26.6.2.1.1	26.6.2.1.2	26.6.2.1.3
26.6.2.2	26.6.2.3.1	26.6.2.3.2	26.6.2.4	26.6.2.5	26.6.3.1
26.6.3.2	26.6.3.3	26.6.3.4	26.6.3.6	26.6.4.1	26.6.4.2.2
26.6.5.1-1	26.6.5.1-2	26.6.5.1-3	26.6.5.1-4	26.6.5.1-5	26.6.5.1-6
26.6.5.1-7	26.6.5.1-8	26.6.5.2-1	26.6.5.2-2	26.6.5.2-3	26.6.5.2-4
26.6.5.2-5	26.6.5.2-6	26.6.5.2-7	26.6.5.2-8	26.6.5.2-9	26.6.5.2-10
26.6.5.3-1	26.6.5.3-2	26.6.5.4-1	26.6.5.4-2	26.6.5.4-3	26.6.5.4-4
26.6.5.5.1	26.6.5.5.2	26.6.5.6	26.6.5.7	26.6.5.8	26.6.5.9
26.6.6.1	26.6.7.1	26.6.8.4	26.6.8.5	26.10.2.1	26.10.2.2
26.10.2.3	26.10.2.5	26.10.3.1	26.6.12.1	26.6.12.2	26.6.12.3
26.6.12.4	26.6.13.3	26.6.13.5	26.6.13.6	26.6.13.8	26.6.13.9
26.6.13.10	26.7.1	26.7.2.1	26.7.2.2	26.7.3.1	26.7.3.2
26.7.4.1	26.7.4.2.1	26.7.4.2.2-1	26.7.4.2.2-2	26.7.4.2.3	26.7.4.2.4 pr1
26.7.4.3.1	26.7.4.3.2	26.7.4.3.3	26.7.4.3.4	26.7.4.5.1	26.7.4.5.2
26.7.4.6	26.7.5.3	26.7.5.5	26.7.5.7.1	26.8.1.2.2.1	26.8.1.2.2.2
26.8.1.2.3.2	26.8.1.2.3.5	26.8.1.2.3.6	26.8.1.2.4.2	26.8.1.2.4.3	26.8.1.2.4.4
26.8.1.2.4.5	26.8.1.2.4.6	26.8.1.2.4.7	26.8.1.2.4.8	26.8.1.2.4.13	26.8.1.2.5.2
26.8.1.2.5.3	26.8.1.2.6.2	26.8.1.2.6.3	26.8.1.2.6.5	26.8.1.2.6.6	26.8.1.2.7.1

26.8.1.2.7.3	26.8.1.2.8.1	26.8.1.2.9.1	26.8.1.2.9.2	26.8.1.2.9.4	26.8.1.3.1.1
26.8.1.3.3.1	26.8.1.3.3.3	26.8.1.3.3.4	26.8.1.3.4.2	26.8.1.3.4.3	26.8.1.3.4.8
26.8.1.3.5.2	26.8.1.3.5.3	26.8.1.3.5.4	26.8.1.3.5.5	26.8.1.4.2.1	26.8.1.4.3.1
26.8.1.4.3.2	26.8.1.4.5.1	26.8.2.1	26.8.2.2	26.8.2.3	26.8.3
26.9.2	26.9.3	26.9.4	26.9.5	26.9.6.1.1	26.9.6.1.2
26.9.6.2.1	26.9.6.2.2	26.11.2.1	26.11.2.2.1	26.11.2.2.2	26.11.2.3
26.11.3.1	26.11.3.2	26.11.5.1	26.12.1	26.12.2.1	26.12.2.2
26.12.3	26.12.4	26.12.5	27.3	27.4	27.5
27.6	27.7	27.10	27.11.1.1	27.11.1.2	27.11.1.3
27.11.1.4	27.11.1.5	27.11.2.1	27.11.2.2	27.11.2.3	27.11.2.4
27.11.3	27.12.1	27.12.2	27.14.3	27.14.4	27.17.1.1
27.17.1.2	27.17.1.3	27.17.1.4	27.17.1.5.1	27.17.1.5.2	27.17.1.5.3
27.17.1.5.4	27.17.2.1.1	27.17.2.1.2	27.17.2.2	27.17.2.3	27.17.2.5
27.18.1	27.18.2	27.19	27.20.	27.21.1	27.21.3
27.21.4	29.3.2.6.7	29.3.2.6.9	29.3.3.2	29.3.3.3	29.3.3.5
31.6.1.1	31.6.1.2	31.6.1.5	31.6.1.6	31.6.1.7	31.6.1.8
31.6.2.1	31.6.2.2	31.6.2.3	31.6.2.4	31.6.2.5	31.8.1.1
31.8.3.1	31.10	32.11	32.12	33.6	34.2.1
34.2.2	34.2.3	34.2.5.3	34.3		

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 16. September 1998

**über eine gemeinsame technische Vorschrift für Anschaltebedingungen für
Endeinrichtungen zum Anschluß an öffentliche Fernsprechnetze (PSTN) unter
Einbeziehung einer analogen Handgerätefunktion**

(Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1998) 2722)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(98/576/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 98/13/EG des Europäischen
Parlaments und des Rates vom 12. Februar 1998 über
Telekommunikationsendeinrichtungen und Satelliten-
funkanlagen einschließlich der gegenseitigen Anerken-
nung ihrer Konformität⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 7
Absatz 2 zweiter Gedankenstrich,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Kommission hat gemäß Artikel 7 Absatz 2 erster
Gedankenstrich der Richtlinie 98/13/EG die Maßnahme
zur Festlegung der Telekommunikationsendeinrich-
tungen, die eine technische Vorschrift erfordern, erlassen
und das entsprechende Bedarfsprofil definiert.

Die diesbezüglichen harmonisierten Normen bzw. Teil-
normen zur Erfüllung der grundlegenden Anforderungen,
die in technische Vorschriften umzusetzen sind, sollten
verabschiedet werden.

Um die Kontinuität des Marktzugangs für Hersteller zu
gewährleisten, sind Übergangsbestimmungen für die nach
nationalen Allgenehmigungsverfahren genehmigten
Einrichtungen erforderlich.

Der Vorschlag wurde gemäß Artikel 29 Absatz 2 dem
Zulassungsausschuß für Telekommunikationsendeinrich-
tungen (ACTE) vorgelegt.

Die mit dieser Entscheidung erlassene gemeinsame tech-
nische Vorschrift entspricht der Stellungnahme des
ACTE —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Diese Entscheidung gilt für Endeinrichtungen, die
für den Anschluß an ein öffentliches Telekommunikati-
onsnetz bestimmt sind und in den Geltungsbereich der in

Artikel 2 Absatz 1 genannten harmonisierten Norm
fallen.

(2) Mit dieser Entscheidung wird eine gemeinsame tech-
nische Vorschrift für die Anschaltebedingungen für End-
einrichtungen erlassen, die eine analoge Handgerätefunk-
tion umfassen und in der Lage sind, einen Dienst in
gerechtfertigten Fällen zu unterstützen, wenn sie an die
Analogschnittstelle eines PSTN in der Gemeinschaft
angeschlossen sind.

Artikel 2

(1) Die gemeinsame technische Vorschrift umfaßt die
von der zuständigen Normenorganisation erstellte harmo-
nisierte Norm, die im geltenden Umfang den grund-
legenden Anforderungen gemäß Artikel 5 Buchstabe g) der
Richtlinie 98/13/EG entspricht. Die Fundstelle der Norm
ist dem Anhang zu entnehmen.

(2) Endeinrichtungen, die unter diese Entscheidung
fallen, müssen der in Absatz 1 genannten gemeinsamen
technischen Vorschrift entsprechen, die grundlegenden
Anforderungen in Artikel 5 Buchstaben a) und b) der
Richtlinie 98/13/EG erfüllen und den Anforderungen
aller übrigen geltenden Richtlinien genügen, insbeson-
dere denen der Richtlinien 73/23/EWG⁽²⁾ und 89/
336/EWG⁽³⁾ des Rates.

Artikel 3

Die für die Durchführung der Verfahren nach Artikel 10
der Richtlinie 98/13/EG benannten Stellen wenden nach
Bekanntgabe dieser Entscheidung die im Anhang aufge-
führte harmonisierte Norm auf Endeinrichtungen an, die
unter Artikel 1 Absatz 1 dieser Entscheidung fallen, bzw.
sorgen für deren Anwendung.

Artikel 4

(1) Nationale Allgenehmigungsregelungen für
Einrichtungen, die unter die im Anhang aufgeführte
harmonisierte Norm fallen, verlieren ihre Gültigkeit zwölf
Monate nach dem Datum der Annahme dieser Entschlei-
dung.

⁽¹⁾ ABl. L 74 vom 12. 3. 1998, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 77 vom 26. 3. 1973, S. 29.

⁽³⁾ ABl. L 139 vom 23. 5. 1989, S. 19.

(2) Endeinrichtungen, die nach diesen nationalen Allgemeinzulassungsregelungen genehmigt wurden, können weiterhin auf dem nationalen Markt vertrieben und in Betrieb genommen werden.

Artikel 5

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 16. September 1998

Für die Kommission
Martin BANGEMANN
Mitglied der Kommission

*ANHANG***Fundstelle der geltenden harmonisierten Norm**

Harmonisierte Norm gemäß Artikel 2:

Public Switched Telephone Network (PSTN);

Attachment requirements for a terminal equipment incorporating an analogue handset function capable of supporting the justified case service when connected to the analogue interface of the PSTN in Europe

(Öffentliches Fernsprechnetz (PSTN);

Anschaltebedingungen für Endeinrichtungen unter Einbeziehung einer analogen Handgerätefunktion, die in der Lage sind, den Dienst in gerechtfertigten Fällen zu unterstützen, wenn sie an die Analog-Schnittstelle des PSTN in Europa angeschlossen sind)

ETSI

Europäisches Institut für Telekommunikationsnormen

Sekretariat

TBR38: Mai 1998

(mit Ausnahme des Vorworts)

Zusatzinformation

Das Europäische Institut für Telekommunikationsnormen ist gemäß der Richtlinie 83/189/EWG des Rates⁽¹⁾ anerkannt.

Die obengenannte harmonisierte Norm wurde aufgrund eines nach den entsprechenden Verfahren der Richtlinie 83/189/EWG erteilten Auftrags erstellt.

Der vollständige Text der obengenannten harmonisierten Norm ist bei folgenden Stellen erhältlich:

Europäisches Institut für Telekommunikationsnormen
650, route des Lucioles
F-06921 Sophia Antipolis Cedex

Europäische Kommission
GD XIII/A/2 — (BU 31, 1/7)
Rue de la Loi/Wetstraat 200
B-1049 Brüssel

oder kann bei allen anderen Organisationen angefordert werden, die ETSI-Normen zur Verfügung stellen. Eine Liste dieser Organisationen ist im Internet unter der Adresse www.ispo.cec.be abrufbar.

⁽¹⁾ ABl. L 109 vom 26. 4. 1983, S. 8.

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 16. September 1998

über eine gemeinsame technische Vorschrift für Satellitenantennen (VSAT) zum Betrieb in den Frequenzbändern 4 GHz und 6 GHz

(Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1998) 2723)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(98/577/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 98/13/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 1998 über Telekommunikationsendeinrichtungen und Satellitenfunktanlagen einschließlich der gegenseitigen Anerkennung ihrer Konformität⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 7 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Kommission hat gemäß Artikel 7 Absatz 2 erster Gedankenstrich der Richtlinie 98/13/EG die Maßnahme zur Festlegung der Satellitenfunktanlagen, die eine technische Vorschrift erfordern, erlassen und das entsprechende Bedarfsprofil definiert.

Die diesbezüglichen harmonisierten Normen bzw. Teilnormen zur Erfüllung der grundlegenden Anforderungen, die in technische Vorschriften umzusetzen sind, sollten verabschiedet werden.

Um die Kontinuität des Marktzugangs für Hersteller zu gewährleisten, sind Übergangsbestimmungen für die nach nationalen Allgenehmigungsverfahren genehmigten Einrichtungen erforderlich.

Der Vorschlag wurde gemäß Artikel 29 Absatz 2 dem Zulassungsausschuß für Telekommunikationsendeinrichtungen (ACTE) vorgelegt.

Die mit dieser Entscheidung erlassene gemeinsame technische Vorschrift entspricht der Stellungnahme des ACTE —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Diese Entscheidung gilt für Satellitenfunktanlagen, die in den Geltungsbereich der in Artikel 2 Absatz 1 genannten harmonisierten Norm fallen.

⁽¹⁾ ABl. L 74 vom 12. 3. 1998, S. 1.

(2) Mit dieser Entscheidung wird eine gemeinsame technische Vorschrift für die Satellitenantennen zum Betrieb in den Frequenzbändern 4/6 GHz erlassen.

Artikel 2

(1) Die gemeinsame technische Vorschrift umfaßt die von der zuständigen Normenorganisation erstellte harmonisierte Norm, die im geltenden Umfang den grundlegenden Anforderungen gemäß Artikel 17 der Richtlinie 98/13/EG entspricht. Die Fundstelle der Norm ist dem Anhang zu entnehmen.

(2) Satellitenfunktanlagen, die unter diese Entscheidung fallen, müssen der in Absatz 1 genannten gemeinsamen technischen Vorschrift entsprechen, die grundlegenden Anforderungen in Artikel 5 Buchstaben a) und b) der Richtlinie 98/13/EG erfüllen und den Anforderungen aller übrigen geltenden Richtlinien genügen, insbesondere denen der Richtlinien 73/23/EWG⁽²⁾ und 89/336/EWG⁽³⁾ des Rates.

Artikel 3

Die für die Durchführung der Verfahren nach Artikel 10 der Richtlinie 98/13/EG benannten Stellen wenden nach Bekanntgabe dieser Entscheidung die im Anhang aufgeführte harmonisierte Norm auf Satellitenfunktanlagen an, die unter Artikel 1 Absatz 1 dieser Entscheidung fallen, bzw. sorgen für deren Anwendung.

Artikel 4

(1) Nationale Allgenehmigungsregelungen für Einrichtungen, die unter die im Anhang aufgeführte harmonisierte Norm fallen, verlieren ihre Gültigkeit drei Monate nach dem Datum der Annahme dieser Entscheidung.

⁽²⁾ ABl. L 77 vom 26. 3. 1973, S. 29.

⁽³⁾ ABl. L 139 vom 23. 5. 1989, S. 19.

(2) Satellitenfunkanlagen, die nach diesen nationalen Allgemeinzulassungsregelungen genehmigt wurden, können weiterhin auf dem nationalen Markt vertrieben und in Betrieb genommen werden.

Artikel 5

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 16. September 1998

Für die Kommission
Martin BANGEMANN
Mitglied der Kommission

*ANHANG***Fundstelle der geltenden harmonisierten Norm**

Harmonisierte Norm gemäß Artikel 2:

Satellite Earth Stations and Systems (SES);

Very Small Aperture Terminal (VSAT) transmit-only, transmit-and-receive, receive-only satellite earth stations operating in the 4 GHz and 6 GHz frequency bands

(Satellitenfunkanlagen und -systeme (SES);

Satellitenantennen (VSAT) für den reinen Empfangs-, den Sende-/Empfangs- oder den reinen Sendebetrieb in den Frequenzbändern 4 GHz und 6 GHz

ETSI

Europäisches Institut für Telekommunikationsnormen

Sekretariat

TBR43: Mai 1998

(mit Ausnahme des Vorworts)

Zusatzinformation

Das Europäische Institut für Telekommunikationsnormen ist gemäß der Richtlinie 83/189/EWG des Rates⁽¹⁾ anerkannt.

Die obengenannte harmonisierte Norm wurde aufgrund eines nach den entsprechenden Verfahren der Richtlinie 83/189/EWG erteilten Auftrags erstellt.

Der vollständige Text der obengenannten harmonisierten Norm ist bei folgenden Stellen erhältlich:

Europäisches Institut für Telekommunikationsnormen
650, route des Lucioles
F-06921 Sophia Antipolis Cedex

Europäische Kommission
GD XIII/A/2 — (BU 31, 1/7)
Rue de la Loi/Wetstraat 200
B-1049 Brüssel

oder kann bei allen anderen Organisationen angefordert werden, die ETSI-Normen zur Verfügung stellen. Eine Liste dieser Organisationen ist im Internet unter der Adresse www.ispo.ccc.be abrufbar.

⁽¹⁾ ABl. L 109 vom 26. 4. 1983, S. 8.

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 16. September 1998

über eine gemeinsame technische Vorschrift für terrestrische Satellitenfunkanlagen niedriger Geschwindigkeit (LMES) zum Betrieb in den Frequenzbändern 1,5/1,6 GHz*(Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1998) 2724)***(Text von Bedeutung für den EWR)**

(98/578/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 98/13/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 1998 über Telekommunikationsendeinrichtungen und Satellitenfunkanlagen einschließlich der gegenseitigen Anerkennung ihrer Konformität⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 7 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Kommission hat gemäß Artikel 7 Absatz 2 erster Gedankenstrich der Richtlinie 98/13/EG die Maßnahme zur Festlegung der Satellitenfunkanlagen, die eine technische Vorschrift erfordern, erlassen und das entsprechende Bedarfsprofil definiert.

Die diesbezüglichen harmonisierten Normen bzw. Teilnormen zur Erfüllung der grundlegenden Anforderungen, die in technische Vorschriften umzusetzen sind, sollten verabschiedet werden.

Um die Kontinuität des Marktzugangs für Hersteller zu gewährleisten, sind Übergangsbestimmungen für die nach nationalen Allgmein Zulassungsverfahren genehmigten Einrichtungen erforderlich.

Der Vorschlag wurde gemäß Artikel 29 Absatz 2 dem Zulassungsausschuß für Telekommunikationsendeinrichtungen (ACTE) vorgelegt.

Die mit dieser Entscheidung erlassene gemeinsame technische Vorschrift entspricht der Stellungnahme des ACTE —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Diese Entscheidung gilt für Satellitenfunkanlagen, die in den Geltungsbereich der in Artikel 2 Absatz 1 genannten harmonisierten Norm fallen.

⁽¹⁾ ABl. L 74 vom 12. 3. 1998, S. 1.

(2) Mit dieser Entscheidung wird eine gemeinsame technische Vorschrift für terrestrische Satellitenfunkanlagen niedriger Geschwindigkeit zum Betrieb in den Frequenzbändern 1,5/1,6 GHz erlassen.

Artikel 2

(1) Die gemeinsame technische Vorschrift umfaßt die von der zuständigen Normenorganisation erstellte harmonisierte Norm, die im geltenden Umfang den grundlegenden Anforderungen in Artikel 17 der Richtlinie 98/13/EG entspricht. Die Fundstelle der Norm ist dem Anhang I zu entnehmen.

(2) Satellitenfunkanlagen, die unter diese Entscheidung fallen, müssen der in Absatz 1 genannten gemeinsamen technischen Vorschrift entsprechen, die grundlegenden Anforderungen in Artikel 5 Buchstaben a) und b) der Richtlinie 98/13/EG erfüllen und den Anforderungen aller übrigen geltenden Richtlinien genügen, insbesondere denen der Richtlinien 73/23/EWG⁽²⁾ und 89/336/EWG⁽³⁾ des Rates.

(3) Anhang II Tabelle A gibt die Grenzen unerwünschter Emissionen über 1 000 MHz und außerhalb der Bänder 1 626,5 MHz bis 1 645,5 MHz und 1 656,6 MHz bis 1 660,5 MHz an, die vor dem 1. Juni 2002 gelten. Anhang II Tabelle B gibt die Grenzen an, die vom 1. Juni 2002 an gelten.

Artikel 3

Die für die Durchführung der Verfahren nach Artikel 10 der Richtlinie 98/13/EG benannten Stellen wenden nach Bekanntgabe dieser Entscheidung die im Anhang aufgeführte harmonisierte Norm auf Satellitenfunkanlagen an, die unter Artikel 1 Absatz 1 dieser Entscheidung fallen, bzw. sorgen für deren Anwendung.

⁽²⁾ ABl. L 77 vom 26. 3. 1973, S. 29.

⁽³⁾ ABl. L 139 vom 23. 5. 1989, S. 19.

Artikel 4

(1) Nationale Allgemeinzulassungsregelungen für Einrichtungen, die unter die im Anhang aufgeführte harmonisierte Norm fallen, verlieren ihre Gültigkeit drei Monate nach dem Datum der Annahme dieser Entscheidung.

(2) Satellitenfunkanlagen, die nach diesen nationalen Allgemeinzulassungsregelungen genehmigt wurden, können weiterhin auf dem nationalen Markt vertrieben und in Betrieb genommen werden.

Artikel 5

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 16. September 1998

Für die Kommission

Martin BANGEMANN

Mitglied der Kommission

*ANHANG I***Fundstelle der geltenden harmonisierten Norm**

Harmonisierte Norm gemäß Artikel 2:

Satellite Earth Stations and Systems (SES);

Low data rate Land Mobile satellite Earth Stations (LMES) operating in the 1,5/1,6 GHz frequency bands

(Satellitenfunkanlagen und -systeme (SES);

Terrestrische Satellitenfunkanlagen niedriger Geschwindigkeit (LMES), zum Betrieb in den Frequenzbändern 1,5/1,6 GHz)

ETSI

Europäisches Institut für Telekommunikationsnormen

Sekretariat

TBR26: Mai 1998

(mit Ausnahme des Vorworts)

Zusatzinformation

Das Europäische Institut für Telekommunikationsnormen ist gemäß der Richtlinie 83/189/EWG des Rates ⁽¹⁾ anerkannt.

Die obengenannte harmonisierte Norm wurde aufgrund eines nach den entsprechenden Verfahren der Richtlinie 83/189/EWG erteilten Auftrags erstellt.

Der vollständige Text der obengenannten harmonisierten Norm ist bei folgenden Stellen erhältlich:

Europäisches Institut für Telekommunikationsnormen
650, route des Lucioles
F-06921 Sophia Antipolis Cedex

Europäische Kommission
GD XIII/A/2 — (BU 31, 1/7)
Rue de la Loi/Wetstraat 200
B-1049 Brüssel

oder kann bei allen anderen Organisationen angefordert werden, die ETSI-Normen zur Verfügung stellen. Eine Liste dieser Organisationen ist im Internet unter der Adresse www.ispo.ccc.be abrufbar.

⁽¹⁾ ABl. L 109 vom 26. 4. 1983, S. 8.

ANHANG II

TABELLE A

Liste unerwünschter Emissionen über 1 000 MHz und außerhalb der Bänder 1 626,5 MHz bis 1 645,5 MHz und 1 656,6 MHz bis 1 660,5 MHz, die vor dem 1. Juni 2002 gelten

Frequenzbereich (MHz)	Träger sendet		Träger sendet nicht	
	EIRP-Grenze (dBpW)	Meßbandbreite (kHz)	EIRP-Grenze (dBpW)	Meßbandbreite (kHz)
1 000 bis 1 525	49	100	48	100
1 525 bis 1 559	49	100	17	3
1 559 bis 1 600	49	100	48	100
1 600 bis 1 626	74	100	48	100
1 626 bis 1 626,5	84	3	48	100
1 645,5 bis 1 645,6	104	3	57	3
1 645,6 bis 1 646,1	84	3	57	3
1 646,1 bis 1 655,9	74	3	57	3
1 655,9 bis 1 656,4	84	3	57	3
1 656,4 bis 1 656,5	104	3	57	3
1 660,5 bis 1 661	84	3	48	100
1 661 bis 1 690	74	100	48	100
1 690 bis 3 400	49 (Anmerkung 2)	100	48	100
3 400 bis 10 700	55 (Anmerkung 3)	100	48	100
10 700 bis 21 200	61	100	54	100
21 200 bis 40 000	67	100	60	100

Anmerkung 1 Die niedrigeren Grenzen gelten bei den Übergangsfrequenzen.

Anmerkung 2 Im Band 3 253,0 MHz bis 3 321,0 MHz darf die höchste EIRP in einer — und nur in einer — 100 kHz-Meßbandbreite 82 dBpW nicht überschreiten. Anderswo in diesem Band gilt die Leistungsgrenze in dieser Tabelle.

Anmerkung 3 In jedem der Bänder 4 879,5 MHz bis 4 981,5 MHz, 6 506,0 MHz bis 6 642,0 MHz und 8 132,5 MHz bis 8 302,5 MHz darf die höchste EIRP in einer — und nur in einer — 100 kHz-Meßbandbreite 72 dBpW nicht überschreiten. Im Band 9 759,0 MHz bis 9 963,0 MHz darf die höchste EIRP in einer — und nur in einer — 100 kHz-Meßbandbreite 61 dBpW nicht überschreiten. Anderswo in diesem Band gilt die Leistungsgrenze in dieser Tabelle.

TABELLE B

Liste unerwünschter Emissionen über 1 000 MHz und außerhalb der Bänder 1 626,5 MHz bis 1 645,5 MHz und 1 656,6 MHz bis 1 660,5 MHz, die vom 1. Juni 2002 an gelten

Frequenzbereiche (MHz)	Träger sendet		Träger sendet nicht	
	EIRP-Grenze (dBpW)	Meßbandbreite (kHz)	EIRP-Grenze (dBpW)	Meßbandbreite (kHz)
1 000 bis 1 525	49	100	48	100
1 525 bis 1 559	49	100	17	3
1 559,0 bis 1 580,42	50	1 000	50	1 000
1 580,42 bis 1 605,0	50	1 000	50	1 000
1 605,0 bis 1 610,0	(Anmerkung 4)	100	(Anmerkung 5)	100
1 610 bis 1 626,0	74	100	48	100
1 626 bis 1 626,5	84	3	48	100
1 645,5 bis 1 645,6	104	3	57	3
1 645,6 bis 1 646,1	84	3	57	3
1 646,1 bis 1 655,9	74	3	57	3
1 655,9 bis 1 656,4	84	3	57	3
1 656,4 bis 1 656,5	104	3	57	3
1 660,5 bis 1 661	84	3	48	100
1 661 bis 1 690	74	100	48	100
1 690 bis 3 400	49 (Anmerkung 2)	100	48	100
3 400 bis 10 700	55 (Anmerkung 3)	100	48	100
10 700 bis 21 200	61	100	54	100
21 200 bis 40 000	67	100	60	100

Anmerkung 1 Die niedrigeren Grenzen gelten bei den Übergangsfrequenzen.

Anmerkung 2 Im Band 3 253,0 MHz bis 3 321,0 MHz darf die höchste EIRP in einer — und nur in einer — 100 kHz-Meßbandbreite 82 dBpW nicht überschreiten. Anderswo in diesem Band gilt die Leistungsgrenze in dieser Tabelle.

Anmerkung 3 In jedem der Bänder 4 879,5 MHz bis 4 981,5 MHz, 6 506,0 MHz bis 6 642,0 MHz und 8 132,5 MHz bis 8 302,5 MHz darf die höchste EIRP in einer — und nur in einer — 100 kHz-Meßbandbreite 72 dBpW nicht überschreiten. Im Band 9 759,0 MHz bis 9 963,0 MHz darf die höchste EIRP in einer — und nur in einer — 100 kHz-Meßbandbreite 61 dBpW nicht überschreiten. Anderswo in diesem Band gilt die Leistungsgrenze in dieser Tabelle.

Anmerkung 4 Lineare Interpolation von 40 dBpW in 100 kHz bei 1 605,0 MHz bis 74 dBpW in 100 kHz bei 1 610,0 MHz.

Anmerkung 5 Lineare Interpolation von 40 dBpW in 100 kHz bei 1 605,0 MHz bis 48 dBpW in 100 kHz bei 1 610,0 MHz.

BERICHTIGUNGEN

Berichtigung der Entscheidung 98/437/EG der Kommission vom 30. Juni 1998 über das Verfahren zur Bescheinigung der Konformität von Bauprodukten gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Richtlinie 89/106/EWG des Rates betreffend Innen- und Außenwand- und Deckenbekleidungen

(Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 194 vom 10. 7. 1998)

Seite 42, Anhang III:

Die Tabelle wird durch nachstehende Tabelle ersetzt:

„Produkt	Verwendungszweck	Stufe oder Klasse (Feuerwiderstand)	System der Konformitätsbescheinigung
Platten	als komplette Bauteile zur Verwendung als Innen- oder Außenbekleidung für den Brandschutz von Wänden oder Decken	alle	3
Abgehängte Decken (Bausätze)	als Innen- oder Außenbekleidung für den Brandschutz von Decken		

System 3: Siehe Richtlinie 89/106/EWG, Anhang III Abschnitt 2 Ziffer ii), Möglichkeit 2.“

Seite 44, Anhang III:

Die Tabelle wird durch nachstehende Tabelle ersetzt:

„Produkt	Verwendungszweck	Stufe oder Klasse (Brandverhalten) (¹)	System der Konformitätsbescheinigung
Bekleidungen in Rollenform Bekleidungen	als Innenbekleidung von Wänden oder Decken, die den Vorschriften über das Brandverhalten unterliegen	A (*), B (*) und C (*)	1
Schindeln Außenbekleidungsplatten	als Außenbekleidung von Wänden oder Decken, die den Vorschriften über das Brandverhalten unterliegen	A (**), B (**), C (**)	3
Abgehängte Decken (Bausätze)	als Innen- oder Außenbekleidung von Decken, die den Vorschriften über das Brandverhalten unterliegen		
Fliesen Außenbekleidungen Platten	als Innen- oder Außenbekleidung von Wänden oder Decken, die den Vorschriften über das Brandverhalten unterliegen		
Spezielle Profile Abhängekonstruktionen	zur Unterstützung von Innen- oder Außenbekleidungen von Wänden oder Decken bzw. von abgehängten Decken, die den Vorschriften über das Brandverhalten unterliegen	A (ohne Prüfung), D, E und F	4

System 1: Siehe Richtlinie 89/106/EWG, Anhang III Abschnitt 2 Ziffer i), ohne Stichprobenprüfung.

System 3: Siehe Richtlinie 89/106/EWG, Anhang III Abschnitt 2 Ziffer ii), Möglichkeit 2.

System 4: Siehe Richtlinie 89/106/EWG, Anhang III Abschnitt 2 Ziffer ii), Möglichkeit 3.

(¹) ‚Brandverhalten‘ vgl. Entscheidung 94/611/EG der Kommission.

(*) Materialien, bei denen damit zu rechnen ist, daß sich die Leistung für das Brandverhalten während des Produktionsprozesses ändert.

(**) Materialien, bei denen damit zu rechnen ist, daß sich die Leistung für das Brandverhalten während des Produktionsprozesses nicht ändert.“